

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)



Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Vertraul. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontor: Dresden 1330  
Ciccolis Riesa Nr. 22.

Nr. 76.

Donnerstag, 30. März 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 15.— Mark ohne Druckerlohn, Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundriss-Zeile (6 Silben) 8.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachzahlung und Vermittlungsgebühr 1 M. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftskasse: Weichstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Die Aufzeichnung sämtlicher steuerpflichtiger Hunde für das neue Steuerjahr vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1923 hat nach dem Stande vom 10. April 1922 zu erfolgen. Verordnung des Ministeriums des Innern vom 4. März 1920 — Sächsisches Gesetzblatt Seite 42.

Die Gemeindebehörden werden veranlaßt, die Aufzeichnung vorzunehmen und bis spätestens Ende April 1922 die Hundesteuermarken gegen Bezahlung der Gebühren hier in Empfang zu nehmen. Die Hundeverzeichnisse sind dabei mit vorzulegen. Es ist jederzeit darauf zu sehen, daß die Hunde zur gültigen Steuermarken tragen.  
Großenhain, am 28. März 1922.  
Amtshauptmannschaft.

Geschäftszeit vom 3. April ab:

Montags bis Freitags 7—1 und 2—5 Uhr  
Sonnabends 7—1 Uhr.

Grundbuchamt, Gerichtsschreiberei, Gerichtsvollzieher und Kasse werden nachmittags 3 Uhr, Sonnabends mittags 12 Uhr für das Publikum geschlossen.

Der Vorstand des Amtsgerichts.

650 E L

## Vertilches und Sächsisches.

Riesa, den 30. März 1922.

Dem Landtage ist eine Reihe weiterer Regierungsvorlagen angegangen und zwar der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Dienstbefähigung der Gemeinbedienten, der Entwurf eines Gesetzes über die Hundsteuer, eine Vorlage betr. den Neubau der Universitätsbibliothek sowie eine Vorlage betr. die Weiterzahlung der Befoldung der Lehrer an den öffentlichen, allgemeinen, Volks- und Fortbildungsschulen. — Ein Entschließungsantrag der drei Parteien der Linken zum Staatskapitel A. Forsten, erlucht die Regierung, angesichts der großen Volkknappheit in Deutschland auf die Reichsregierung einzuwirken, daß sie unverzüglich alle Wege beschreitet, die die baldige Holzabfuhr aus Rußland in größerem Umfange ermöglichen, wenn nötig, seien der russischen Regierung durch Vermittelung der deutschen Regierung die notwendigen Maschinen und Werkzeuge sowie Transportmittel von der deutschen Industrie bevorzugt zu liefern. — Eine Anfrage der Deutschnationalen fordert Maßnahmen von der Regierung, um den die Bautätigkeit namentlich im Chemnitzer Industriegebiet lähmenden Mangel an Bauarbeiten abzuheben. — Eine kurze Anfrage der Deutschen Volkspartei wünscht die Errichtung von Parallelklassen an Reformgymnasien in Wursen und an der Realschule in Löbau.

Die wirtschaftliche Frauenschule. Die Aufgaben der wirtschaftlichen Frauenschule sind noch viel zu wenig bekannt. Der Besuch solcher Schule ist eine gute, vielseitige Ausbildung für Hausfrauen und Hausbeamtinnen. Sie ist zugleich die ministeriell vorgeschriebene Vorbereitung für das Seminar für Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde, ein Beruf, der heute noch zu den auskömmlichsten aller Frauenberufe gebührt. Der Unterricht in der wirtschaftlichen Frauenschule erstreckt sich auf die gesamte Tätigkeit einer ländlichen Hausfrau. Im Mittelpunkt des Betriebes steht die Küche, in der die täglichen Vorkosten von den Schülerinnen beigegeben werden, der Fabrikzeit entsprechend Obst und Gemüse eingemacht werden und das Einkochen und Baden gelehrt werden. Neben diesen hauswirtschaftlichen Fächern, zu denen auch die Wäschebehandlung und Nadelarbeit gehört, erstreckt sich die Ausbildung auf rein landwirtschaftliche Gebiete. Die Schülerinnen betätigen sich in der Volkerei bei der Herstellung von Butter, dem Melken und Füttern der Kühe. Sie lernen durch praktische Arbeit die Grundbegriffe der Viehzucht kennen, sie bauen den Garten, behandeln die Obstbäume und pflegen Ackerbau und Blumen; auch die Feldarbeit wird nicht vernachlässigt. Diese praktische Arbeit wird durch Vorlesung im Gartenbau, Ackerbau, Botanik, Milchwirtschaft und Viehzucht ergänzt. Dazu kommen Unterweisungen in Gesundheitslehre, Nahrungsmittelkunde, Chemie und in allgemein bildenden Fächern wie Wohlhabenspflege, Bürgerkunde und Pädagogik. Lehrfahrten in landwirtschaftliche, industrielle, soziale Betriebe gestalten den Unterricht noch lebendiger. Also eine wichtige Aufgabe hat die wirtschaftliche Frauenschule zu lösen, die Ausbildung der weiblichen Jugend, die beteiligt ist am Familienleben, und damit auch an dem Wiederaufbau unseres zerrütteten Vaterlandes.

Die Wiederaufnahme des Personenverkehrs auf der Elbe. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft nimmt, wie schon gemeldet, ihren Personen- und Frachtdampfschiffahrtsbetrieb am Sonnabend, den 1. April auf der gesamten Strecke Leitzsch—Dresden—Mühlberg wieder auf. Die außerordentliche Geldentwertung und damit die Verteuerung sämtlicher Betriebsmaterialien, sowie Lohnveränderungen usw. die jetzt gegenüber dem Betriebsjahr 1921 fast das Dreifache betragen, machen leider auch ihre Rückwirkungen auf die Gebührensätze sowohl für den Personen- wie auch für den Frachtverkehr bemerkbar. Die Gesellschaft hat sich daher gezwungen gesehen, Fahrpreise und Frachtsätze zu erhöhen. Indessen ergibt sich trotz der Erhöhung doch immer noch ein wesentlicher Vorteil. Für den Personenverkehr bleiben auch für das Jahr 1922 die Rückfahrpreise bestehen, wodurch allen Fahrgästen ein um so größerer Vorteil geboten wird. Auch in diesem Jahre werden Fahrkarten zu 10 und 30 Stück für die verschiedensten Strecken zu bedeutend ermäßigten Preisen zur Ausgabe gelangen, jedoch besonders Familien nicht unbedeutende Vorteile dadurch erwachsen. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß Jahres- und Monatskarten gelöst werden können. Weiter muß hervorgehoben werden, daß auch in diesem Jahre den Vereinen und Schulen Fahrpreismäßigungen gewährt werden, während endlich bei der Eisenbahn schon Kinder nach dem vollendeten 10. Lebensjahre vollen Fahrpreis bezahlen müssen, behält die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft die Vergünstigung der Kinderfahrkarte bis zum vollendeten 14. Lebensjahre aus. Wesentlich günstiger als bei der Eisenbahn liegen die Tarifverhältnisse bei der Güterbeförderung der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Jeder Einzelnen erteilen die Betriebsstellen der Gesellschaft noch bereitwillig Auskunft. Es muß zweifellos mit großer Freude begrüßt werden, daß die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft ihren Betrieb, wie es in der gleichen

Art und in dem gleichen Umfange auf seinem deutschen Strom zu finden ist, im vollen Umfange wieder aufnehmen kann.

Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung, 19. bis 25. März 1922. Die Arbeitsmarktlage hat in der Berichtszeit eine weitere merkliche Besserung erfahren. Die Lage der gesamten Industrie muß infolge der äußerst günstigen Konjunktur als sehr gut bezeichnet werden. Die Vermittlungstätigkeit war allort sehr rego. Das wiedereröffnende Frostwetter warf wieder eine größere Anzahl Angehöriger der Außenberufe auf den Arbeitsmarkt, doch dürfte diese Erscheinung nur eine vorübergehende sein. In der Landwirtschaft ist eine Besserung der Lage nicht eingetreten. In der Metallindustrie liegt die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter. Auch die Anforderungen nach Arbeitskräften für die Textilindustrie waren erheblich. Zum Teil gelang es, dem Mangel durch Anwerbung an Tüchlern oder Art an. Die ergebungsreiche Zwickauerindustrie ist weiter sehr gut beschäftigt. Die Lage im Fleischerhandwerk hat sich infolge der steigenden Fleischpreise verschlechtert. Auch die Unterbringung im Bäderhandwerk war ungenügend. Dagegen werden erhebliche Kontingenzen für Fabrikbetriebe und Saisonstellungen in Badeorten gesucht. Das Schneider-, Weißnäher-, Schuhmacher-, Kleider- und Mägenmacher-Handwerk verzeichnete weiterhin Mangel an Arbeitskräften. In der Schuhindustrie herrscht noch Bedarf an Zuschneidern und im Schuhmacherhandwerk war etwas regere Nachfrage nach Zuschneidern. Das Baugewerbe entfaltete eine lebhaftere Vermittlungstätigkeit. Die Nachfrage nach Radarbeitern konnte nur zum Teil gedeckt werden. Lebhaft war die Vermittlungstätigkeit im Buchdrucker- und Schriftsetzergewerbe. Im Handelsgewerbe herrschte starke Nachfrage nach jüngeren, besonders weiblichen Arbeitskräften und erhaltenden Kaufleuten, Stenotypistinnen und ersten Verkäuferinnen für alle Branchen. Im Gastwirtsberufe ist die Vermittlung speziell von Kuchentischern am Sonntag rego. Bedarf liegt weiter vor an Wirtschaftspersonal. Für die freien Berufe fehlt es an Arbeitsstellen. Für Arbeiter war die Lage durchweg günstig.

Düngemittel für die sächsische Landwirtschaft. Die Verbesserung der sächsischen Landwirtschaft mit Düngemitteln war infolge der durch den zweimaligen Eisenbahnstreik bewirkten Verkehrsunterbrechungen bis vor kurzem so ungünstig, daß eine Vorratshaltung der nächsten Ernte ernstlich zu befürchten war. Durch persönliche Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums in Berlin beim Eisenbahngeneralkommando, Eisenbahn- und Reichsbahnamt ist es gelungen zu erreichen, daß durch Stellung von Sonderzügen nach Sachsen die Erzeugung der im Auftrag gegebenen Stickstoff- und Kalidüngemittel noch rechtzeitig für die Frühjahrsbefüllung erfolgen wird. Die allgemeine Eisenbahnsperrung für Düngemittel hat nur wenige Tage gedauert und ist wieder aufgehoben.

Großenhain. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in das Zigarrengeschäft von Wülfel auf dem Steinweg verübt. Der Täter hat reiche Beute gemacht. Es sind ihm in die Hände gefallen: 300 Zigaretten, Marke Hünslom, in 50er-Packung, 200 Stück Wiking in 20er-Packung, 200 Stück August der Starke, 50er-Packung, 3000 Stück Remer (Gold), 100er-Packung, 1500 Stück Brauli, 500 in 10er-, 250 in 20er-, 250 in 50er- und 500 in 100er-Packung, 1500 Stück Salem-Gold, 100er-Packung, 500 Stück Ranzoll-Niss, 100er-Packung, 500 Stück Tosta, 10er-Packung, 2 Pfund Tabakpulver in 25-Gramm-Packung, 12 Risten Niss, 5. J., 50er-Packung, 200 Stück Niss Weltmacht, 20er-Packung, 2 Risten Zigarren je 50 Stück (Sachantini), 10 Risten Zigarren je 25 Stück verschiedenster Sorten, ferner für 10 Mark Aluminium-Fünftaler.

Meißen. Als Täter des am 24. d. Mts. in der Steingutfabrik A.-G. Sörnewitz ausgeführten Raubraubes wurden ermittelt der 22-jährige Kaufmannslehrling Kurt Schatte in Sörnewitz und der 27-jährige Eisenarbeiter Alwin Schneider in Coswig. Sie wurden am 28. März durch die Landesstrafpolizei Dresden und die zuständige Gendarmerie festgenommen und dem Amtsgericht Meißen zugeführt. Das gestohlene Geld wurde bis auf wenige tausend Mark der geschädigten Firma wieder zugekehrt. Die Räuber haben den Kassierer schon seit längerer Zeit bei seinen Arbeiten nach Kontoständen beobachtet und auch mehrmals verurteilt, den Raub auszuführen, bis er ihnen endlich gelockt ist. Sie haben an der hinteren Seite der Fabrik die Umfassung des Hofes überkliegen und haben sich durch letzteren in das Kontorgebäude geschlichen. Dort haben sie schwarze Masken angelegt und sind mit vorgehaltenem Revolver in den Kassenraum eingedrungen. Während Schneider unter dauerndem Vorhalten des Revolvers den Kassierer auf seinem Platz gehalten hat, hat Schatte den offenliegenden Kassenkasten ausgeräumt. Darauf haben sie das Fabrikgebäude verlassen und sind querfeldein in den Wald gegangen, wo sie das Geld verborgen haben. Anschließend sind sie nach Dresden gefahren. Nach ihrer noch am selben Abend erfolgten Rückkehr hat Schatte das Geld geholt und mit in die elterliche Wohnung genommen. Dort wurde es von der Polizei im Kleiderkasten verdeckt gefunden.

Dresden. Die Deutsche Volkspartei, Ortsverein Dresden, veranstaltet am Freitag, den 31. März, im großen

Saale des Ausstellungspalastes eine Bismarckfeier. Reichstagsabgeordneter Dr. Everling spricht über „Bismarcks Gedächtnis und Vermächtnis“. Alexander Wierich, Direktor der Staatstheater, wird rezitatorische, Frä. Elise Stänsner von der Staatsoper und die Kammeränger Ermold und Lange werden Gesangsvorträge zum Vortrage geben. Die Kapelle Feilerich spielt unter Leitung ihres Musikdirektors.

Simbach Sa. Die Einkömerheit der Stadtverordneten beschloß, die bürgerlichen Vertreter, die schon zum 3. Male den Sitzungen ferngeblieben waren, in eine Ordnungstrafe zu nehmen. Dem sozialistischen Stadtrat Weiler wurde, weil er gegen den Stachel „gelöst“ hatte, ein Mißtrauensvotum erteilt.

Ysaau. Wie wir bereits gestern meldeten, kürzte sich auf dem Gottesdienst der Pfarrer Fris Vötiger in den 400 Meter tiefen Schacht. Vötiger, der bis zur Unkenntlichkeit zermalmte wurde, verübte die Tat, wie wir nunmehr erfahren, weil er wegen Lähmung stellungslos werden sollte.

Santa b. Marienberg. Das vor einigen Tagen mit harter Heftigkeit aufgetretene Winterwetter mit Schneesturm und Schneeverwehungen hat auch unter den geliederten Särgern des Waldes viele Opfer gefordert. In den umliegenden Wäldungen wurden zahlreiche tote Lerchen, Stare, Wachstelzen usw. aufgefunden.

Chemnitz. Von einem ihrer Beamten wurde einer hiesigen Firma nach und nach über 100000 Mark in ungefähr 1 1/2 Millionen Mark gestohlen. Durch die hierauf von der hiesigen Kriminalabteilung aufgenommenen Ermittlungen wurde ein hier wohnhafter 19-jähriger Drogeriebesitzer, der das Garn an einen polnischen Juden verkauft hat, dieser verlor den Dieb, einen 17-jährigen Handlungsgehilfen von hier, mit falschem Papiere, damit er in das Ausland flüchten sollte. Auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft wurde er aber in Berlin, wo selbst er sich unter falschem Namen aufhielt, festgenommen und der hiesigen Staatsanwaltschaft zugeführt. Das gestohlene Gut konnte zum größten Teil wieder erlangt und der geschädigten Firma zugekehrt werden.

Dresden. Schulkinder als Spitzbuben konnten hier durch die Polizei ermittelt werden. Vor einiger Zeit bemerkten hiesige Geschäftsleute, daß ihnen wiederholt auf dem Ladentisch ausliegende Gegenstände abhanden gekommen waren. Der Verdacht des Diebstahls richtete sich gegen Schulkinder. Den Nachforschungen der Polizei gelang es, vier elf- bis dreizehnjährigen Schulkinder etwa elf Labendiebstähle nachzuweisen. Außer Nahrungsmitteln fielen den jugendlichen Spitzbuben Taschentücher, Gummihüte und verschiedene andere Sachen in die Hände. Die Verurteilten schickten aber auch nicht zurück, vor der Schiedsgericht der Chemnitzer Viehhändler lagern des Elben mit dem Handwagen abzufahren und an einen hiesigen Altändler zu verkaufen. Der Erlös wurde unter sich verteilt.

Bärenstein i. Ergo. Raffinierte Schmugglermanöver konnten dieser Tage bei dem Grenzübergang in Weidert entdeckt werden. Täglich sah man einen reichsdeutschen Invaliden, der vormittags von Bärenstein nach Weidert kam und nachmittags wieder zurückging. Er schleppte sich auf zwei Krücken mühsam fort. Gerade beim Grenzübergang brach eine der Krücken. Der Mann knirschte, erhob sich aber reich, war zur Ueberraschung der Grenzbeamten, die in der Nähe standen, auch den zweiten Krückstock weg und lief davon, gegen Bärenstein zu. Als die Grenzbeamten die zurückgebliebenen Krücken betrachteten, sahen sie, daß der zerbrochene Krückstock innen hohl und mit Zwanzig- und Dreißigronen-Goldstücken gefüllt war. Der Mann hatte sich als Invaliden markiert, um so den gegenwärtigen schwunghaften Goldschmuggel über die tschecho-slovakische Grenze nach Deutschland ohne Hindernis betreiben zu können.

Schönau a. d. E. Um sich Bettfedern zu verschaffen, hatten unbekannt Diebe dieser Tage dem Sattlermeister Radisch eine Wase gestohlen. Der Meister fürchtete schon, daß der Martinsoogel den Weg aller Fleisches gegangen sei. Doch siehe da, die Wase fand sich wieder ein, nur hatte sie einen Teil ihres Federleibes eingebüßt.

Leucha. Der Former Wbl aus Thelka war wegen Teilnahme an einem Einbruchsdiebstahl zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nachdem er den größten Teil seiner Strafe verbüßt hatte, wurde auf seinen Antrag das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet. In der jetzigen Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß er zur Zeit des Einbruchs krank gewesen sei. Feigen, die im ersten Prozeß gegen ihn ausgelegt hatten, konnten ihre damals gemachten Aussagen nicht mehr aufrecht erhalten. Der Schuldbeweis konnte nicht erbracht werden und der Angeklagte wurde daher freigesprochen.

Leipzig. Die Vermittlungsfreiheit in den Schulen einzuführen ist am Mittwoch von den Stadtverordneten abgelehnt worden. Der Antrag stand schon zum dritten Male auf der Tagesordnung. Die sozialistischen Vertreter sprachen sich für die Gewährung der vollständigen Vermittlungsfreiheit aus, die bürgerlichen Stadtverordneten erklärten Ablehnung, da ihre mechanische Durchführung auch die Bestreben einbeziehe, außerdem der Schulbeitrag bereits Höchstlimite ausgearbeitet habe, die sonst hinfällig würden, Ueberdies müßten die Kosten der Vermittlungsfreiheit vom



Reich übernommen werden, da dieses die Einfuhr von Beschaffenheit habe. Schließlich wurde der Antrag, die Vermittlungsfreiheit einzuführen, abgelehnt und ein Antrag angenommen, erst die Wirkung der im Einverständnis mit der Lehrerschaft aufzufassen. Die durch Gerichtsbeschluss wieder freigelegte Position in Peilow hat seinen ihren Anfang genommen. Für die Arbeit zur Verwirklichung angenommen 155 000 Zeilen wurden durchschnittlich 400 bis 500 Mark für das Stück bezahlt. Das sind etwa 30 Prozent über dem derzeitigen Marktpreis. Der größte Teil der Waren sind in ausländischen Besitz über, da für Deutschland die Preise zu hoch waren.

### Innenpolitik.

**Der Verter-Standal in Braunschweig.** An der Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung wurde der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der vom Abgeordneten Verter gegen die Mitglieder des Staatsministeriums erhobenen Beschuldigungen einstimmig angenommen.

**Wegen der Ermordung eines belgischen Offiziers in Damborn** hat der belgische Gesandte in Berlin um Verfolgung der Schuldigen ersucht und darum, daß Maßnahmen getroffen werden, damit sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. — Von parteipolitischen Seite wurde zur Ermordung eines deutschen Schuboffiziers in Damborn im Reichstage eine Anfrage eingebracht, worin die Reichsregierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um deutsche Staatsbürger im besetzten Gebiete zu schützen und ob sie bereit sei, für eine strenge Bestrafung der Täter und eine ausreichende Entschädigung der Angehörigen Sorge zu tragen. — Wie die „Krause Post“ meldet, hat die belgische Regierung auf die Vorkämpferfrage eine Note gerichtet, in der sie behauptet, daß den Truppen infolge des Bestehens von unbesetzten Zwischenräumen (colonies) zwischen den Brückenköpfen Gefahren drohen. In diesen Zwischenräumen seien die Truppen Anrainer ausgesetzt. Die belgische Regierung ersuche um Abhilfe.

**Verprechungen über die Ausführung des Reichsmietengesetzes.** Zur Beratung der Ausführungsbestimmungen zum neuen Reichsmietengesetz werden die Vertreter des Wohnungswesens sämtlicher deutschen Ministerien vom 6. bis 11. April in Gera zusammenkommen. Die Interessentverbände des Wohnungswesens sind zu diesen Besprechungen nicht zugelassen.

**Anwendung einer Goldklausel im Reichsbahn.** Die Eisenbahndirektion Köln hatte bei der Vergabe von Werkstoffbestellungen ein Verfahren eingeführt, monach außer Angebots zu festen Preisen auch solche zu gleitenden Preisen angenommen wurden. Während der gestrige Meistpreis auf Papiermarkt lautete, sollte nur die Hälfte desselben in Papiermarkt ausbezahlt, die andere Hälfte aber nach dem von der Reichsbahn festgesetzten Goldkurs nach einem besonderen Verfahren umgerechnet werden. Der Reichsverkehrsminister will jedoch im Einverständnis mit dem Reichsbahndirektorium diese Festsetzung einer Goldklausel bei Bedingungen im Bereich der Reichsbahn nicht weiter anwenden.

**Tagung der Roten Kreuzvereine.** Dienstag begann in Genf die Tagung des Generalkonvents der internationalen Liga der Roten Kreuzvereine. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Antrag, der noch nicht der Liga angehörenden Roten Kreuzvereine im Laufe dieses Jahres zum Beitritt einzuladen. Der Antrag, der sich u. a. auf die deutsche Gesellschaft bezieht, wurde gestern besprochen. Ein anderer Antrag fordert die Verlegung des Sitzes der Liga von Genf nach Paris oder Brüssel. Die Liga hat sich grundsätzlich für die Universalität der Liga ausgesprochen, nachdem der Sprecher der französischen Roten Kreuzvereine erklärt hatte, daß diese sich nicht mehr der Zulassung der deutschen Roten Kreuzvereine widersetze. Mit 21 Stimmen wurde die Verlegung des Sitzes der Liga nach Paris beschlossen.

**Deutschnationaler Antrag auf völlig freie Getreidewirtschaft.** Zur Beratung des Etats der Landwirtschaftsverwaltung hat die deutschnationale Fraktion im preussischen Landtage einen Antrag eingebracht, an Veran des neuen Wirtschaftsjahres auch für Getreide völlig freie Wirtschaft einzuführen, und von jeder irgendwie gearteten Umlage Abstand zu nehmen. Zur Verbilligung der Brotpreise für die minderbemittelte Bevölkerung sollten ausreichende Zuschüsse des Reiches werden.

**Tagung des Vollzugskomitees der drei Internationalen.** Aus Moskau wird gemeldet: Auf der Gouvernementspartei-Konferenz hielt Kamenev eine Rede, in der er bemerkte, am 2. April werde in Berlin eine gemeinsame Konferenz des Vollzugskomitees aller drei Internationalen stattfinden. Die russische Vertretung führe dahin, um die Führer der 2. Internationalen zu entlassen und um sich unmittelbar an die von ihnen betroffenen Massen zu wenden. Die Konferenz von Genoa werde keine direkten Resultate ergeben, könne jedoch als offizielle Anerkennung der Sowjetregierung als der gesetzlichen Regierung des russischen Arbeitervolkes gelten.

**Belehrer der Entente.** Vor nicht allzu langer Zeit wurde von einem unabhängigen Führer der Auspruch getan, er besitze kein Vaterland. Mit diesem Auspruch auf gleicher Höhe steht eine „keine Anfrage“, die von den unabhängigen Löwentin und Kubert im Reichstage eingebracht worden ist und wie folgt lautet: „In Berlin, Wilhelmstraße 34, wird augenblicklich mit behördlicher Unterstützung eine Ausstellung, Deutschland und der Friedensvertrag von Versailles“ veranstaltet. In dieser Ausstellung werden wirtschaftliche Folgen des Vertrages in außerordentlich verletzender einseitiger Weise durch Bild, Schrift und Wort dargestellt. Die Schüler der höheren und Volksschulen werden in vielen Fällen zwangsweise in diese Ausstellung geführt, und es werden ihnen verbeugende Vorträge gehalten. Sind diese Zustände der Reichsregierung bekannt? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um zu verhindern, daß durch dergleichen entstehende Ausstellungen der moralische Kredit des Reichs im Ausland geschädigt wird? Was gedenkt ferner die Reichsregierung zu tun, um den Artikel 148 der Reichsverfassung, der eine Erziehung der heranwachsenden Jugend im Geiste der Völkerverbrüderung verlangt, Geltung zu verschaffen.“ — Dieses Vorgehen ist umso bedauerlicher, als mit der Ausstellung eine sachliche Aufklärung über die Folgen des Versailles Diktats erstrebt wird.

**Tagung der deutschen Handels- und Gewerbetammern.** Aus Braunschweig wird gemeldet: Am Mittwoch begann die Tagung der deutschen Handels- und Gewerbetammern im Wildpark. Generalsekretär Dr. Reich sprach über das Thema Rückblick und Ausblick. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Verbeugung der Handwerks- und Gewerbetammern als gesetzliche Vertretung von Handwerk und Gewerbe gefordert wurde. Weiter wurde in der Entschließung gefordert, daß die Handwerks- und Gewerbetammern auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts sämtlicher selbstständiger Berufsangehöriger zu bilden seien. Ferner richtet der Deutsche Handwerks- und Gewerbetammertag an die Reichsregierung das Ersuchen um alsbaldige Verleihung der öffentlichen Rechtstätigkeit unbeschadet einer endgültigen Regelung auf Grund des vom Reichsverband des deutschen Handwerks vorgelegten Berufsgesetzes.

**Der Wirtschaftsausschuss des Völkerverbrüderungsrates,** der in den letzten Tagen in Genf getagt hat, hat seine Arbeiten abgeschlossen. Er prüfte u. a. auf Grund des Abkommens

über einfließen. Placatum den derzeitigen Stand der Frage hat ununterbrochen Westkommission und formulierte ergründete Marktsätze für den Völkerverbrüderungsrat. Tatsächlich wurden Marktsätze aufgearbeitet in der Frage der Vereinfachung des Wechselrechts zum Zweck der Durchführbarkeit der Bannan-Konvention von 1910 und 1912. Endlich sollen die Unterausstände die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit und der Handelsstrafkraft, wie auch der in Art. 23 des Völkerverbrüderungsabkommens niedergelegten direkten Regelung der Handelsstreitigkeiten prüfen. Die Vertagung der letzten Fragen wurde damit beantragt, daß das Fehlen jedes Wechselgesetzes im Völkerverbrüderungsabkommen und die dadurch verursachte wirtschaftliche Unsicherheit zur Zeit eine allgemeine Lösung umschuldig mache.

**Wirtschaftliche Gestaltung der Eisenbahnverhältnisse.** Die Eisenbahn-Dienstverhältnisse im Reich sollen nach einer Berliner Stellungnahme demnächst von der Reichsregierung abgetrennt und als wirtschaftliche Einzelbetriebe gelöst werden. Diese Lösung soll nach kaufmännischen, volkswirtschaftlichen Grundbegriffen erfolgen. Die Zahl der unterstehenden Arbeiterbetriebe im Reich zu Ende Februar betrug 200 000, das heißt rund 10 000 mehr als zu Ende Januar. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die männlichen Arbeiterbetriebe, während die Zahl der weiblichen noch eine geringfügige Abnahme aufweist. Die Zahl der Auslosungsbesitzer — das heißt der unterstehenden berechtigten Familienangehörigen Arbeiterbetriebe — ist im Februar von 279 000 auf 302 000 gestiegen. Den Hauptanlass für diese unangenehme Entwicklung des Arbeitsmarktes hat der Eisenbahnverkehr mit seinen mannigfachen Nachwirkungen gebildet. Doch hat die milde Witterung in der zweiten Hälfte des Februar einigemale Gegenwirkungen ausgeübt, und im März ist nach den bisherigen vorliegenden Meldungen mit einer Abnahme der Arbeiterbetriebe zu rechnen.

**Tschechoslowakei.** Der Verband der Arbeitgeber der Glasindustrie teilt mit, daß das Böden der Oelen sämtlicher Fabriken Dienstag mittag eingeleitet hat und bisher störungslos verlaufen ist. Weitern fanden neue Verhandlungen unter der Teilnahme der Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge statt.

**Ein Geheimrat der tschechischen Regierung.** Nach einer der Brager deutschen Zeitungen „Bohemia“ von vertrauenswürdigster Seite ausgesprochenen Meldung hat die tschechische Regierung einen Geheimrat an die politischen Bezirksverwaltungen gerichtet, aus den Urteilen der Geschworenen alle Personen zu streichen, die nicht der Staatsprache mächtig sind. Damit schreitet die tschechische Regierung zühe und zielbewußt auf dem Wege der gewalttätigen Tschechisierung der deutschen Minderheit fort. Quers hat man, obwohl die Tschechen in dem neuen Staat nur mit den Slowaken zusammen eine kleine Mehrheit sind, das Tschechische zur alleinigen Staatsprache gemacht. Nun verdrängt man das Deutsche auch dort, wo es seiner eigenen Natur nach als Volkssprache Geltung haben müßte. Wenn in Reichenberg, Waldsdorf und Quer nur noch Geschworene ernannt werden dürfen, die tschechisch verstehen, dann wird damit die große Mehrheit der Deutschen von Geschworenentum in den deutschen Bezirken ausgeschlossen. Man wird die Volkssprache aus der geringsten tschechischen Minderheit jener Gebiete sehr mühsam zusammenzudrängen müssen, und diese Minderheit wird dann allein das Richteramt als ein nationales Privileg ausüben. Der Grundgedanke, daß der Angeklagte von seinesgleichen gerichtet werde, auf dem das Geschworenengericht aufgebaut ist, wird über den Haufen geworfen und an den nationalpolitischen Zweck einer ungerechten Regierung. Ist es ein Wunder, wenn ein großer Teil der Deutschen diesen Staat, in dem sie vornehmlich Recht suchen, nicht als einen Staat anerkennen will? Eine aufrichtige und ehrliche Politik der Willigkeit würde die nationale Frage sehr rasch im Sinne der Verständlichkeit erledigen. Aber wie weit ist man von einer solchen Staatskunst noch entfernt, wenn nicht einmal für die Rechtspflege selbst das Recht und die Sicherung des Rechts der unrichtigsten Grund ist, sondern vielmehr das Ränkepiel einer verschmitzten und gefährlichen Gewaltpolitik!

**Rumänien.** Keine Angriffsabsichten gegen Rußland. Die Agentur Orient Radio dementiert entschieden die in Moskau verbreiteten Gerüchte, monach Rumänien die Absicht habe, Rußland anzugreifen. Ebenso bezeichnet sie die Meldung als falsch, nach der auf rumänischem Boden Vandalen gesammelt würden, um in Sowjetrußland einzufallen. Rumänien werde keine Handlung bulden, die sich gegen eine fremde Macht richte.

**Frankreich.** Der Vorschlag Boncourts zum Militärdienstgesetz abgelehnt. Die Kammer beschloß gestern nachmittag den Vorschlag Boncourts über die Rekrutierung der Armee. Nach einer Rede des Kriegsministers und einem energischen Eingreifen Boncourts zu Gunsten des Regierungsvorschlags wurde die Vorschlagskommission des Vorschlags Boncourts, in dem ein achtmonatige Dienstzeit gefordert wird, mit 406 gegen 157 Stimmen abgelehnt.

**Rußland.** Die Verteidigung der Roten Armee. Am 1. Mai 1922 soll die feierliche Verteidigung der Roten Armee und der Roten Flotte auf die Arbeiter- und Bauernrepublik und die Regierung erfolgen.

**Die Verbesserung der Bauernschaft, des Handels und der Industrie.** Eine amtliche Rundgebung kündigt die Verbesserung der Bauernschaft, der Handels- und Industrieunternehmungen, sowie der Staatsbeamten und -bediensteten an; angesichts der kritischen Lage und der hungernden Bevölkerung müßten nebenwichtige Bedenden, die bisher zur Befreiung dieser Kategorien von der Zwangsbesteuerung geführt hätten, weggelassen. Mit Bedauern wird festgestellt, daß die örtlichen Organe und Behörden mit geringen Ausnahmen ihre Teilnahmslosigkeit gegenüber der Tätigkeit der Finanzorgane der Sowjetrepublik bisher noch nicht aufgegeben hätten.

**Amerika.** Der Vertrag über die Verabreichung der Seerückungen. Reuter meldet aus Washington: Der Senator Lodge unterbreitete dem Senat den Fünfjahresvertrag betreffend die Verabreichung der Seerückungen und erklärte, der Vertrag beende den Wettbewerb im Flottenbau. Bezüglich der Landrückungen sagte der Senator, die Vereinigten Staaten würden ihr Meer nicht weiter herabsetzen, solange die Haltung Frankreichs nicht erkennen lasse, daß in dieser Richtung weiteres getan werden könne. Die Senatoren Underwood und Hitchcock unterstützten den Antrag. Am Nachmittag wird die Abstimmung vorgenommen.

### Das neue Landwirtschaftstammengesetz.

Der dem Landtage vorliegende Entwurf eines Landwirtschaftstammengesetzes für den Freistaat Sachsen entspricht einem wiederholten Verlangen des Landtages. Der Wunsch des Landtages, den Landeslandwirtschaftsrat zu demokratisieren und ihn in diesem Sinne zu einer Landwirtschaftskammer auszugestalten, erklärt sich aus der bisherigen Zusammensetzung des Landeslandwirtschaftsrates. Dieser war nach seiner Begründung im Jahre 1850 fast ausschließlich ein Organ der landwirtschaftlichen Vereine, also keine Vertretung der gesamten sächsischen Landwirtschaft. Durch die Besetze von 1872, 1878 und 1908 wurden Verbesserungen in seiner Zusammensetzung erreicht. Es gehörten ihm an die fünf Vorständen der Landwirtschaftlichen Kreisvereine, drei vom Ministerium ernannte Landwirte oder Landwirtschaftsfunktionäre, der Generalsekretär und je ein Vertreter der Volkswirtschaft,

**Neues aus Altem** macht jede kluge Hausfrau durch Auffärben alter, verbläuerter Stoffe vermittelst Braun- und Gelbfärber. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Vorkaufkraft, der landwirtschaftlichen Verbrauchten und Versuchsanstalten, ein Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, der Vorsitzende des Ausschusses für Gartenbau, sowie 13 von den sächsischen Landwirten gewählte Berufsangehörigen. Der Landeslandwirtschaftsrat hat das Wahlrecht für die neue Landwirtschaftskammer nunmehr so demokratisiert und den Kreis der Wahlberechtigten so erweitert, ferner das aus Zweckmäßigkeitsgründen bei einer beruflichen Kammer nicht ganz entbehrliche Ernennungsrecht beschränkt, und insbesondere das Prinzip der allgemeinen Wahl gegenüber dem bisherigen Zustand so stark hervorgehoben, daß der Landeslandwirtschaftsrat beträchtliche Fortschritte gegenüber dem jetzigen Zustand für sich in Anspruch nehmen darf.

Schwieriger war die Abstellung des Mangels, daß der Landeslandwirtschaftsrat überwiegend ein Organ der landwirtschaftlichen Unternehmertums geblieben war und die landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten unvertreten läßt. Die Besetzung für notwendig erachtete und durch den vorliegenden Landeslandwirtschaftsrat geplante Umgestaltung des Landeslandwirtschaftsrates trifft auf gewisse Schwierigkeiten, die in der Zuständigkeit des Reiches und der Länder begründet sind. Artikel 7 der Reichsverfassung weiß dem Reich auch die Gesetzgebung über die Einrichtung beruflicher Vertretungen für das Reichsgebiet zu. Demgemäß ist ein Reichslandwirtschaftsrat in Vorbereitung, das die landwirtschaftliche Berufsvertretung grundlegend neu ordnen soll. Die sächsische Regierung war bereit, mit ihrem Reformgesetz über die Umgestaltung des Landeslandwirtschaftsrates dem Wunsch der Reichsregierung gemäß zu warten, bis das Reichslandwirtschaftsrat zustande gekommen wäre. Das lange Warten des Reiches hat nun aber einen Zustand geschaffen, der zwar alle Unternehmergruppen in öffentlich-rechtlichen Unternehmerräumen, wie z. B. dem Landeslandwirtschaftsrat, zusammenschließt, das gleiche aber für die Arbeiter in den von der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterkammern (Arbeiterräten) noch nicht bewirkt hat. Die sächsische Regierung konnte deshalb das Reformgesetz nicht länger hinauschieben. Es mußte aber so gestaltet werden, daß es mit den Bestimmungen der Reichsverfassung und den teilweise schon bekannten Grundbegriffen des Reichslandwirtschaftsrates bald zu handhabenden Reichslandwirtschaftsrat soweit als möglich übereinstimmt. Die künftig notwendigen Anpassungen des neuen Landesgesetzes an das vom Reich zu erlassende Gesetz mußten von vornherein auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden.

Deshalb war für die Gestaltung der neuen Landwirtschaftskammer in erster Linie Artikel 105 der Reichsverfassung maßgebend. Von entscheidender Bedeutung sind hierbei die Absätze 2 und 3 dieses Artikels, welche die Einrichtung von Bezirksarbeiterkammern und eines Reichsarbeiterkammern, sowie deren Zusammensetzung mit den Vertretern der Unternehmer und sonst beteiligter Volksschichten zu paritätischen Bezirkslandwirtschaftsräten und zu einem Reichslandwirtschaftsrat vorsehen. Dies läßt kaum einen Zweifel darüber zu, daß die Reichsverfassung von der Einrichtung ausgeprägter Unternehmerräumen neben ausgeprägten Arbeiterkammern ausgeht. So ist es ein Zwang, daß das neue Landwirtschaftstammengesetz wieder eine Unternehmerräume schaffen muß. Weil aber das Reich kein Recht hat, noch nicht erfüllt und Arbeiterkammern noch nicht errichtet hat, mußte das neue Landesgesetz diesem Mangel abhelfen. Bis zur Einrichtung der künftigen Bezirkslandwirtschaftsräte steht der sächsische Landeslandwirtschaftsrat daher Ausschüsse für das Arbeiterwesen bei der Landwirtschaftskammer vor und zwar sowohl für die Landwirtschaftskammer als Ganzes, wie für die besonderen Forst- und Gartenbaukammern. Sie sollen in allen Arbeiterinteressen berätend mitwirken. Nur Vorklagen bleiben ausgeschlossen, weil diese Gegenstände der Vereinbarung oder des Kampfes der beteiligten Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sind und bleiben müssen. Um ein Ueberstimmen der Arbeitnehmer oder Arbeitgeber durch die andere Gruppe zu verhindern, haben Ausschüsse der Ausschüsse nur dann Gültigkeit, wenn sie die Mehrheit innerhalb jeder der beiden Gruppen gefunden haben. Diese Bestimmung ist entstanden im Einklang mit der in Frage kommenden Arbeiterorganisation. Die Ausschüsse für Arbeiterwesen sind vorläufig, wie in gemäßigter Ansicht das ganze Gesetz, nur ein vorläufiger Notbehelf bis zum Erlaß der geplanten Reichsgesetze.

In der Gewerkschaftsbewegung gehen die Meinungen darüber auseinander, ob die neu zu begründenden Kammern paritätisch aufgebaut werden, oder ob man getrennte Unternehmer- und Arbeiterkammern schaffen soll. Artikel 105 der Reichsverfassung hat aber, wie ausgeführt, diese Frage dahin entschieden, daß getrennte Unternehmer- und Arbeiterkammern in Aussicht genommen sind, aus denen dann die paritätisch übergeordneten Bezirkslandwirtschaftsräte und der Reichslandwirtschaftsrat hervorgehen sollen. Gemäß wäre es vorläufig möglich gewesen, die neue sächsische Landwirt-



und zeitweise garnicht zu haben. Das empfiehlt es sich, anstelle der teuren Eier

Dr. Oetker's

### Milcheiweiß-Pulver

zu verwenden. Dies ist natürliches, aus der Milch gewonnenes Eiweiß, ist nahrhaft und leicht bekömmlich, und eignet sich vorzüglich zur Bereitung von Pfannkuchen, Klößen, Kuchen, Torten u. s. w.

Man verlange umsonst das Rezeptbuch „C.“ in den Geschäften. Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an:

Dr. A. Oetker, Bielefeld.





Wirtschaftskammer trotzdem vorläufig zusammenschließen. Es würde dann aber nach dem Zustandekommen der künftigen parlamentarischen Wirtschaftskammer zwei parlamentarische öffentlich-rechtliche Vertretungen mit gleichen Aufgaben nebeneinander geben. Das würde zu unerträglichen Mißständen für die Regierung, für die Arbeiter und Unternehmer, wie für die Kammer selbst führen. Hierüber bestimmt der Entwurf des Artikels 165 der Verfassung folgende:

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftskammer sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches.

Diese Forderung muß für jede Würdigung des neuen Landwirtschaftskammergesetzes grundlegend sein. Sache des Reiches ist es, nunmehr sobald als möglich die versprochenen Arbeiterkammern zu schaffen.

### Das zukünftige sächsische Pferd.

Der Landesverband Sächsischer Pferdezüchter, der unter der trefflichen Leitung des verdienten ehemaligen sächsischen Oberlandstallmeisters Grafen zu Münster-Worlitzburg steht, ist eifrig bestrebt, die sächsische Pferdezüchtung in gänzlich neue Bahnen zu lenken. Der Vorsitzende des Landesverbandes hat sich mit seinen reichen Erfahrungen und ganzer Seele in den Dienst der Sache gestellt und schon heute trägt seine Arbeit reiche Früchte. — Ueber den Stand und die zu erstrebenden Ziele der sächsischen Pferdezüchtung entwarf Graf Münster in der Generalversammlung des Landesverbandes ergebnisreiche Pferdezüchter folgende interessante Bild: Der sächsische Pferdezüchter stand vor dem Kriege insgesamt 107 Staatsheute zur Verfügung, die etwa 4000 bis 5000 Stuten deckten, während die Privatheutehaltung bis dahin ziemlich bedeutungslos war. Eine offizielle Erhebung gab es nicht. Schon während des Weltkrieges trat eine Aenderung in der Pferdezüchtung ein. Die Nachfrage nach Gebrauchspferden nahm von Jahr zu Jahr immer mehr zu. Die Preise stiegen ständig und erreichten eine nie geahnte Höhe. Die Landwirtschaft hatte Mangel an Pferden und dieser Umstand brachte es mit sich, daß die Landwirte sich mit aller Macht auf die Aufzucht von Fohlen legten. In der Wahl der Vater- und Muttertiere war man nicht wählerisch und die einschlägigen Züchter sahen den Zusammenbruch der sächsischen Pferdezüchtung immer näher rücken. In dieser Zeit schlossen sich die Züchter, die an dem Wiederbau der Pferdezüchtung das größte Interesse hatten, zum „Landesverband Sächsischer Pferdezüchter“ zusammen, um dem wilden Treiben, das nur auf Gewinn gerichtet war, ein Ende zu machen. Im Jahre 1919 verfügte Sachsen über 149 Handhallheute und 188 ungekörte Tiere, zusammen also über 337 Hengste. Zu diesen wurden insgesamt rund 2000 Stuten zugezählt. Die angeführten Hengste bestanden sich zusammen aus 101 Kaltblütern, 59 Halb- und 28 Warmblütern. — Angestrebt wurde zunächst als Zuchtziel des Landesverbandes die Zucht eines mittelstarken Pferdes. Der rührige Landesverband unter der Führung des Grafen zu Münster hat es sich als Aufgabe gesetzt, die Kaltblüter und auch alle übrigen Zuchten zu fördern und die Privatzüchter zu unterstützen, denn die Verhältnisse in Sachsen sind zu verschieden für eine einzige Zuchtstrategie. Die Züchterverbände des Niederlandes brauchen ein schwereres Pferd als das Gebirge. Beide Zuchtstrategien sind also durch die Verhältnisse bedingt. Neue Ziele sucht der Landesverband zu erreichen dadurch, daß er die Züchter zu Züchtervereinigungen zusammenschließt; dann vor allem durch eine zielbewusste Entfaltung der züchterischen Tätigkeit. Eine Züchtung fanden gar drei Klassen auf den Deckstationen und die Landwirte stehen ihre Stuten oft bedenkenlos in die Hände der Züchter zur Verfügung. Die Pferdezüchtung wurde durch diese krassen Paarungen um Jahrzehnte zurückgeworfen. Deshalb hat man sich entschlossen, auf einer Deckstation nur eine Klasse in Gestalt eines mittelstarken Pferdes im Oldenburger Typ zu halten. Denn auf Kreuzung kann sich keine Landesheute aufbauen. Die Kreuzung von Stuten und Hengsten muß Hand in Hand gehen mit der Anlage von Stammbüchern in den Züchtervereinigungen. Nur dadurch würde die Pferdezüchtung lohnend und nur dadurch daß man eine Kontrolle. Die Zucht muß ausgeübt werden auf die Züchtung bodenkundiger Hengste. Ein Einschleppen der fremden Vätertiere kann nicht zur Einseitigkeit führen. Denn werden die Hengste in neue Verhältnisse (kleine Kuzucht) verpflanzt, dann können die Kinder nicht so wie die Vätertiere werden. Die Züchtung ist mehr zu schonen. Der Züchter muß die Grundlage der Pferdezüchtung, in wieder auszudehnen. Gut gepflegte Weiden verfügen in Sachsen denselben Erfolg wie in Norddeutschland. Durch Veranlassung von Ausschüssen mit Prämitierungen will der Landesverband den Züchtern gutes Material und das Zuchtziel vor Augen führen. Das ist besonders nötig, weil wir mehr Privatheute als Staatsheute haben. Bei den Prämitierungen und der Beurteilung ist Wert darauf zu legen, daß die Väter nach ihren Söhnen beurteilt werden. Der Landesverband beabsichtigt ferner die Gründung von Reit- und Fahrschulen. Durch den Ausfall der vorzüglichen militärischen Ausbildung im Reiten, Fahren und Pferdepflege, um die uns alle Länder beneidet haben, ist für die Zukunft der Straßenverkehr und vor allem auch die Pferdepflege (Gesundheit, Stall, Geschirr, Fütterung usw.) gefährdet. Als Ersatz dafür wurde das Institut in Leipzig gegründet. Die Landwirte zehnten Anteilnahme von 1000 Mark, dafür haben sie das Recht, einen Mann oder ein Pferd hinzuschicken, denn verbunden mit der Schule wird ein Verkauf von Fohlen. Um nun alle diese Ziele zu erreichen, ist der Landesverband der Ansicht, daß einmal mehr als seither praktische Züchter zu Rat und Tat herangezogen werden müssen, und daß die Hebung der Pferdezüchtung dem Landeskulturrat bzw. der Landwirtschaftskammer als dem einzig dazu berufenen Organ in die Hand gegeben werden muß; dieses Organ muß dann in reger Fühlung mit dem Landhallamt vorgehen. — Schließlich tritt der Verband noch besonders ein für Fohlenhäuser innerhalb der Vereine, um überall die Züchter anzuregen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 30. März 1922.

#### Zu den Schwierigkeiten in der Vertrauensfrage.

\* Berlin. Die „Kote Fahne“ teilt mit: „Die Unabhängige Fraktion lebte am Mittwoch die Unterzeichnung des Mißtrauensvotums der kommunistischen Vertreter ab. Die praktische Bedeutung des Mißtrauensvotums, das die kommunistischen Vertreter einbringen werden, ist vollkommen klar und mit aller Schärfe abgegrenzt von dem der Deutschnationalen. Das kommunistische Mißtrauensvotum bedeutet positiv die Schaffung der Arbeiterregierung, die Erfassung der Schwere, den ernsthaften Kampf um den Abbau der Kriegslasten im nächsten Bunde mit Sowjetrußland.“

Die „Freiheit“ spricht von einer Katastrophenspolitik der Nationalisten und erklärt, die Unabhängige Reichstagsfraktion werde selbstverständlich den deutschnationalen Mißtrauensantrag ablehnen.

Die „Tägliche Rundschau“ erklärt: Vermutlich wird der Reichstag die radikale Linke suchen. Von der Großen Koalition träumen nur noch politische Hindernisse.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Leben wir am Donnerstag

im Reichstage die weltanschauliche Welle, daß die Regierung fürst, weil sie keine Mehrheit hat, so würde ein Teil der rechtstehenden Führer vor Verzweiflung vom Selbstmord nicht weit sein. Sie haben ja gar keine Ahnung, was dann werden soll.“

Die „Zeit“ kann versichern, daß in der Fraktion der Deutschen Volkspartei über die Haltung, die sie am Donnerstag in der Abstimmung einnehmen wird, völlige Einmütigkeit herrscht.

**Mißkunft von Berlin abgereist.**  
\* Berlin. Wie die Blätter hören, verließ die Misskunft darauf, seinen zweiten geplanten Vortrag zu halten. Er verließ gestern abend bereits Berlin.

**Begegnungen.**  
\* Berlin. Blättermeldungen aus Halle zufolge wurden 10 Personen, die bei dem letzter Landfriedensbruch zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, begnadigt und aus der Strafbahn entlassen.

**Ein neuer Liebergriff im besetzten Gebiet.**  
\* Berlin. Wie mehrere Blätter aus Oberhausen melden, wurde gestern mittag ein Lastauto der Schutzpolizei, welches die abführende Wache in Stärke von 28 Beamten nach dem Nachschub in Oberhausen-Astaden bringen wollte, von belgischen Truppen angehalten. Die Beamten wurden verhaftet und mit dem Auto in das besetzte Gebiet verschleppt. Einem sofort von der Schutzpolizei in Oberhausen nach dem Entort entsandten Polizeioffizier wurde von dem belgischen belandenen Offizier erklärt, er handele auf Befehl des Kommandanten des Brückenkopfes Duisburg. Irrenden welche Gründe für die Verhinderung der Beamten gab der belgische Offizier nicht an.

**Erste Erkrankung des Kaisers Karl.**  
\* Berlin. Nach Melbourne, die aus Funchal in Wien eingetroffen sind, ist der Zustand des Kaisers Karl so ernst, daß er bereits mit dem Sterbesakrament versehen wurde. Der Wiener Arzt Dr. Delug wurde nach Funchal berufen.

**Die Saarfrage.**  
\* Genf. Zur Vorgeschichte der letzten Pariser Beschlüsse des Völkerbundes in der Saarfrage gibt der Bericht des chinesischen Mitabes Wellington Koo, der von dem Rat in der Sitzung am 28. März genehmigt worden ist, wertvolle Aufschlüsse. Es geht mit voller Klarheit aus diesem Bericht hervor, daß der Völkerbund selbst und nicht nur die Regierungskommission die Wünsche der saarländischen Bevölkerung nach einem Saarparsament abgelehnt hat. Wellington Koo spricht sich ausdrücklich gegen jede Erweiterung des Rechtes des neu geschaffenen beratenden Ausschusses aus, weil damit die vertraglichen Rechte des Völkerbundes geschwächt würden. Der Völkerbund, so heißt es mündlich, könne der Regierungskommission nicht gestatten, ihre Beschlüsse abzugeben. Es sei Pflicht des Völkerbundes, darüber zu wachen, daß die Regierungskommission ihr Amt stets im Sinne des Vertrages ausüben kann. Es ist also für die Regierungskommission unannehmbar, wenn sich gegen den Vertrag eine Institution bilden würde, der sie verantwortlich wäre und welche die vom Völkerbund ernannte Regierung in ihrer Amtsausübung hindern könnte.

**Weitere Pariser Pressestimmen zur Saarfrage.**  
\* Paris. Ueber die Reichsstaatskanzlerredde schreibt der „Temps“, bei Abfassung seiner Rede habe der Reichsstaatskanzler sich Rücksicht auf die parlamentarischen Notwendigkeiten genommen, die ihn schon gezwungen hätten, Dr. Hermes als Finanzminister anzunehmen, die ihm den Zwang der Verantwortlichkeit für die demokratische Politik auferbüeten, ihm aber nicht gestatteten, daraus allen Nutzen zu ziehen. Wenn die in Aussicht gestellte Antwort des Reichsstaatskanzlers in Paris eingetroffen sei, dann werde man die wesentliche Frage prüfen können, in welchem Verhältnis die verschiedenen deutschen Bevölkerungsklassen an den Kriegslasten teilzunehmen. Aber die deutsche Regierung müsse die Rechte anerkennen, die der Reparationskommission zustehen. Die Schlussfolgerung des Reichsstaatskanzlers lasse hierüber keinen Zweifel; denn er habe gesagt, die Welt müsse zwischen zwei Tendenzen wählen, der von Genoa oder der der Rote der Reparationskommission. Man frage sich also, ob die deutsche Regierung nicht die Konferenz von Genoa als Appellinstanz betrachte, vor die sie das von der Reparationskommission gefällte Urteil bringen könne, um es kühleren zu lassen. Ein derartiges Verfahren wäre gegen den Vertrag von Versailles. Die Deutschen hätten Unrecht, zu glauben, daß Frankreich, welches sich weigert, in Genoa das Reparationsproblem zu diskutieren, einer Debatte ausweichen wolle, die für seinen Schuldner vorteilhaft sei. Deutschland werde vielleicht in eine ziemlich schwierige Lage kommen, an dem Tage, wo das Reparationsproblem aufhöre, interalliiert zu sein, um international Geldes fülle, mache die deutsche Industrie den ausländischen Fabrikanten immer gefährlichere Konkurrenz. Bei dem heutigen Stande der Welt werde schließlich die gesamte industrielle Produktion der anderen Länder ruiniert. Wenn man hier nicht Ordnung schaffe, so stelle sich Deutschland der Welt so dar: Auf der einen Seite nehme es den ausländischen Kapitalisten ihr Geld, auf der anderen Seite den ausländischen Arbeitern ihr Brot.

**Journal des Debats** vertritt zur Rede des Reichsstaatskanzlers den Standpunkt, daß es sich jetzt darum handele, zu erfahren, ob der parlamentarischen Aenderung des Reichsstaatskanzlers ein effektiver Widerstand folgen würde, oder ob sie nur der Vorbote für die Unterwerfung gewesen sei. Wenn die französische Regierung in dem Glauben, durch Verpflichtungen Verbindungen gebunden zu sein, einwilligte, an der wirtschaftlichen Konferenz von Genoa teilzunehmen, so könne sie nicht bilden, daß die bevorstehenden Entscheidungen, die die Vertreter der Alliierten getroffen hätten, sich im Rebell von Genoa verflüchtigen. Wirts Rede enthalte kein neues Argument. Man erziele in Berlin leicht Verfall, wenn man erkläre, das deutsche Volk leide und könne nicht mehr leiden. Man könne auch mit wenig Kosten eine gute Figur machen, wenn man gegen das Bestreben ausländischer Staaten protestiere, die Deutschland einer Finanzkontrolle unterwerfen wollten. Aber welches wären die Leiden und die Unabhängigkeit Frankreichs und Belgiens, wenn die Kosten verpaidet wären und Deutschland den Sieg auf Kosten dieser Länder ausbeuten würde.

Die „Liberte“ vertritt den Standpunkt, daß nichts leichter vorzuziehen gewesen sei, als daß die Regierung von Berlin die Konferenz von Genoa gegen die Reparationskommission auszuspielen werde. Die Entscheidung der Reparationskommission sei formell und feierlich. Wenn die Deutschen sich am 31. Mai nicht gefügt hätten, bliebe nur der Zwang, oder die Reparationskommission müsse sich aus Mangel an Unterstützung auflösen.

**Fransösische Agitationspläne im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.**  
\* Paris. Der französische Generalstab ist neuerdings nach zuverlässigen Mitteilungen in etwas veränderter Form auf seine alten Pläne zurückgekommen, zur völligen und endgültigen Befreiung jeder deutschen Widerstandskraft die gleichzeitige Besetzung des Ruhrgebietes und Oberschlesiens zu bewerkstelligen. Als voraussichtlicher Zeitpunkt für die Durchführung dieses Planes wird von besonders unterrichteter Seite die Mitte des Monats Mai angegeben. Als Zweck wird angegeben die Sicherung des französischen Bezugs von Rohstoffen bei einer kommunistischen Revolution in Deutschland. Man will hier Kenntnis davon haben, daß der Ausbruch eines kommunistischen Aufstandes für

### Neubestellungen auf Monat April

oder auch für das volle 2. Vierteljahr 1922 zum Besitze des täglich erscheinenden Miesler Tagesblattes werden schon jetzt von allen Vorkanälen, von den Zeitungs-trägern und von der Geschäftsstelle in Miesla, Goethestr. 59, entgegengenommen.

Mitte Mai zu erwarten sei. Offenbar hat der französische Generalstab weiter damit gerechnet, daß Mitte Mai auch der Zeitpunkt für die endgültige polnische und deutsche Besetzung der beiden Staaten angewiesenen Teile Oberschlesiens gekommen sein würde. Da den Polen ein Vorprung von 24 Stunden eingeräumt ist, den sie, wie mehrfach verlautet, zu einem Vormarsch auch in das Deutschland verbleibende Oberschlesien benutzen wollen, hat man es von Seiten des französischen Generalstabs für richtig gehalten, auch die Truppen für diesen Plan mobil zu machen und zwecks Aufrechterhaltung des tschechisch-polnischen Einvernehmens ihnen einen Anteil an der deutschen Beute zu sichern.

**Die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet.**  
\* London. Harmsworth teilte im Unterhaus auf eine Anfrage mit, daß seine Aufmerksamkeit auf Flugblätter gelenkt wurde, die in England verteilt wurden und die angebliche Verbrechen französischer farbiger Soldaten an deutschen Frauen und Kindern enthielten. Diese Zettel seien in Form der deutschen Propaganda gehalten. Die darin aufgestellten Behauptungen seien vollkommen unbegründet. Harmsworth frante hierauf, ob nicht der beste Weg, den Behauptungen Einhalt zu tun, der wäre, wenn die Franzosen veranlaßt würden, die farbigen Truppen zurückzuziehen (Zurückruf: Warum?). Auf eine Anfrage eines Parlamentsmitgliedes, ob die Regierung Schritte tun werde, um die Verteilung dieser Zettel durch das Oberpostamt zu verhindern, erwiderte Harmsworth, er werde mit dem Generalpostmeister darüber sprechen.

**Die Räumung der Eisenbahnzone Schantung.**  
\* Peking. Von ausländischer chinesischer und japanischer Seite wird mitgeteilt, daß die Räumung der Eisenbahnzone Schantung durch die japanischen Truppen und deren Besetzung durch chinesische Wachmannschaften in drei Abschnitten erfolgen werde und zwar am 10., 20. und 30. April. Acht chinesische und japanische Kommissare werden die Operationen beaufsichtigen.

**Die Rüstungseinschränkungen zur See.**  
\* Washington. Der Senat ratifizierte das Abkommen über die Rüstungseinschränkungen zur See. (Siehe unter Amerika.)

**Bermischtes.**

**Auf der Spur eines Kapitalverbrechens.**  
Ein rätselhafter Vorkommnis hat sich in der Nacht vom Montag in Lankwih bei Berlin abgespielt. Der Wächter eines Sanatoriums in der Viktorienstraße, das unmittelbar an der über den Teltowkanal führenden Siemensbrücke liegt, hörte um die dritte Stunde das Aufschlagen eines schweren Gegenstandes auf dem Wasser. Gleich darauf hörte er Männerstimmen. Er vernahm ganz deutlich, wie der eine sagte: „Laßt sie nur schwimmen.“ Die Männer gingen in der Richtung nach Steglitz davon. Unterdessen wurde bei dem Polizeiamt Lankwih angerufen, daß an der Siemensbrücke eine weibliche Leiche schwimme. Bald darauf wurde auch die Leiche durch die Feuerwehr geborgen. Bereits im Laufe des Nachmittags war es gelungen, die Persönlichkeit der Toten festzustellen. Es handelt sich um das Dienstmädchen Helene Zinkler. Ihre letzte Spur führte nach den Spichernälen, von wo sie mit zwei Männern fortgegangen war. Einer von diesen konnte noch am Montag als der Treiber Emil Barz aus der Febrbellener Straße verhaftet werden. Er steht unter dem dringenden Verdacht, an dem mysteriösen Tode des Mädchens schuldig zu sein.

**Ein neues telekinetisches Medium?**  
Aus Graz wird geschrieben: Merkwürdige Erscheinungen werden an der 10 Jahre alten Marie Finelli in Reigangon bei Asti beobachtet. Gegenstände, die sich in der Nähe der Kleinen befinden, kommen plötzlich in Bewegung und fallen zu Boden. Ein eiserner Topf, in dem Suppe kochte, löste sich vom Herd und schlug an die Wand, als das Mädchen an den Herd trat. Kartoffeln, die in einem anderen Topf kochten, brangen heraus auf die Herdplatte. Klogrammschwere Küchengeräte gerieten, wenn die Kleine vorbeiging, in beständige Bewegung. Die ganze Ortschaft ist in Aufregung. Die Landleute glauben an Teufelswerk und Hexerei. Zum Studium des Phänomens sind die Professoren Anconi und Pirabello aus Turin eingetroffen; sie stellten an der kleinen Finelli ein besonders starkes Medium fest.

**Der Dampfer „Fürst Bismarck“ ist bei Fagenland wegen des niedrigen Wasserstandes der Elbe auf Grund geraten.**

**Erdbeben in Serbien.** Gestern vormittag 9 Uhr wurde ein zweites starkes Erdbeben und zwar 32 Kilometer südlich von Belgrad wahrgenommen.

**Wieder ein Schlossbrand.** Donnerstag wütete auf dem Schloß des Grafen Kanbau zu Bienenburg bei Müllstadt ein großes Schloßfeuer. Die Wirtschaftsgebäude sind vernichtet, die Viehbestände getötet worden.

**Gefährliches im Raum.** Der Schloifer Degehhardt erlitten in der Sonntagnacht vollkommen betrunken in einer Hamburger Polizeiwache und gab an, daß er einen Mord begangen habe. Man ließ ihn zuerst einschlafen, worauf er dann Montag morgen erzählte, daß er, von Bewußtlosigkeit befreit, schon lange beobachtet habe, sich freiwillig zu töten. Er habe im Jahre 1919 in Bärth einen Rechtsanwalt ermordet und betäubt. Er sei in Nürnberg verhaftet gewesen, aber 1920 aus dem Gefängnis ausgebrochen und bis jetzt auf freiem Fuß gewesen.

**Kunst und Wissenschaft.**

**Eine Kommission zur Befreiung der medizinischen Fremdwörter.** Die Vereinigung der deutschen medizinischen Fachpresse hatte 1920 eine Kommission eingesetzt, die die in der deutschen medizinischen Schriftsprache gebräuchlichen, aber völlig entbehrlichen „Fremdwörter“ verdeutschen sollte. Die Kommission, der eine Reihe hervorragender Ärzte angehörten, hat nun ihre Arbeit vollendet und bietet der ärztlichen Welt eine Liste ihrer Vereinfachungen an, wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt wird. An einigen dieser deutschen Ausdrücke, deren man sich jetzt allgemein in wissenschaftlichen Arbeiten bedienen will, sei die Arbeit der Kommission veranschaulicht. Statt „Altitudo“ heißt es nun jetzt ab „Höhe“, statt „Amplitude“ „Ausmaß“, statt „Defensio musculaire“ „Abwehrspannung“, statt „Creux de lege“ „Geschlechtsvermehrung“, statt „Balebon fruite“ „unausgeprägte Balebon-Krankheit“, statt „Fremisement“ „Schwimmen“, statt „Fuguesstände“ „Wandertreiben“, statt „Glossy sin“ „Glanzhaft“, statt „Maldies des Aies“ „Eckrantheit“, statt „Nede“ „Docht“, statt „Moral infantia“ „moralischer Schwachsin“, statt „Mouche volantes“ „Näsenfliegen“, statt „Pepereche Plaques“ „Wepereche Plaques“, statt „Ehod“ „Schod“, statt „Tapotement“ „Klopfbehandlung“, statt „Tic convulsif“ „Muskelzitter“, statt „Tic douloureux“ „Schmerzhaft“, statt „Tic rotatoire“ „Drehtic“ usw.



# Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unabweislich letzter Tag: Das herrliche Lustspiel „Saba kann's nicht lassen“ usw. „Der Schrecken der weißen Ödler“.  
**Freitag bis Montag:**  
**Harry Piel** **Der Fürst der Berge II. Teil**  
**„Unus“ der Weg in die Welt** **Harry Piel**  
 In diesem Teil wird die Originalaufnahme der Fesselballon-Szene gezeigt, welche der verwegene Sensationsdarsteller im Beisein von Vertretern der Presse in Vespala ausführt und den Höhepunkt der Sensationen bildet, welche nicht zu überbieten sind. — Vorstellungen 7 und 9 Uhr. — Einlass 6 1/2 Uhr. — Sonntag ab 8 Uhr nur für Ermäßigte.  
 Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin **Klara Joch.**

**Kammerlichtspiele**  
 Hauptstraße

Heute zum letzten Male: „Gola, die Wachenbraut“ 1. Teil, sowie „Der Schrecken der Wildnis“, Anfang 8 Uhr.  
 Ab morgen Freitag bis Montag der größte Sensationsfilm der Gegenwart:

## Justitia,

die stärkste Frau der Welt.

Ausländischer Abenteuer-Sensationsfilm in 6 unerreicht packenden Akten. Umbedingte der Gipfel aller Sensationen ist Justitia, die Frau mit übermenschlich zu nennenden Kräften: verblüffend und fabelhaft, wie sie die tollkühnsten und gewagtesten Abenteuer, rasende Fahrten in brennenden Auto, Kämpfe gegen Uebermacht auf hoher Brücke, Kaltblütigkeit und der gerechten Sache mit aller Energie endlich zum Siege verhilft. Dieser Film ist eine Klasse für sich; denn noch nie ist etwas derartiges gezeigt worden.  
 Hierzu ein ausgezeichnetes Beiprogramm.  
 Kasse geöffnet ab 6 Uhr.  
 Anfang 7 und 9 Uhr.  
 Kassenabschluss 9 1/2 Uhr.  
 Um recht regen Zuspruch bittet der Besitzer **Karl Wares.**



**Frauen** **Wasser** **Wasser** **Wasser**  
 nur kauft zu hohen Preisen  
 Wittenbergstr. 23, neben d. Schule.  
**Metallbetten**  
 Stahlmatratzen, Kinderbetten  
 dir. an Priv. Katalog 497 frei.  
 Wittenbergstr. 23, neben d. Schule.  
**Eine hochtragende Ziege**  
 zu verk. **Roberten Nr. 69.**  
**Eine Regen- und Tuchpelzine**  
 zu kaufen gesucht. Off. unt. Y H 8658 an das Tabl. Riesa.  
**Kinderkutsche**  
 zu verkaufen. Zu erfragen im Taubblatt Riesa.  
**Getreide-Reinigungsmaschine**  
 zu kaufen gesucht. Off. unt. Y G 8657 an das Tabl. Riesa.  
 Ende für 1. 4.  
**ledigen Pferdbedient.**  
 Invektor **Lohse,**  
 Wauzig.

Morgen Freitag und Sonnabend von früh 10 Uhr an  
**Verkauf von pa. Fleisch u. Wurstwaren, sowie N. Fett.**  
**Albert Wehlhorn, Werdeshlächtere**  
 Gröba, Kirchstr. 10, Tel. 685.

**Herren-Hemden**  
**Unterhosen und Socken**  
 empfiehlt noch sehr preiswert  
**H. Reinhold, Hauptstr. 28, 2 Tr. 1.**

Ein neuer Transport  
**hochtragender Kühe**  
 trifft am Freitag in Otscha ein und steht ab Sonnabend, 1. April, in den Stallungen des Herrn **Max Schmichen, 1 Minute vom Bahndorf Otscha,** äußerst preiswert zum Verkauf.  
 Feuert in Otscha, Gut Gattens.  
**Gebr. Schipper, Landwirte**  
 Verkaufsvermittler des Feuert. Verbuch.



Plötzlich und unerwartet entschlies gestern nacht an Herzschlag meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin  
**Emma Berger**  
 geb. Obenaus.  
 Roberten, den 29. März 1922.  
 In tiefstem Weh **Karl Berger** und Hinterbliebene.  
 Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend nachm. 1 1/2 Uhr vom Trauerhause aus.

Gestern abend 9 Uhr verschied nach langem Krankenlager mein heißgeliebter Mann, unser guter, trauerorgender Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Schwager  
**Herr Emil Schneider**  
 im 66. Lebensjahre.  
 Riesa (Kais.-W.-Pl. 9, 3.), 30. 3. 22.  
 In tiefer Trauer **Erna Schneider**  
 zugleich im Namen sämtl. Hinterbliebenen.  
 Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause aus.

Gestern verschied nach längerem Krankenlager mein langjähriger treuer Beamter, der Expedient  
**Herr Emil Schneider.**  
 Seit über 30 Jahren hat er mit unermüdlichem Fleiß und seltenem Pflichtgefühl seinem Posten vorgestanden und verliere ich in ihm einen der treuesten Mitarbeiter.  
 Ich und meine Beamten werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
**Gustav Schulze**  
**Harmorwerke.**

## Vereinsnachrichten

**V. f. Z. Riesa e. V.** Morgen Freitag Spielerversammlung 1.-3. Etz. Pünktlich 7.30 Uhr erscheinen.  
**Deutscher Radfahrer-Bund, Bezirk Riesa.** Die Bezirksversammlung findet am 2. April nachm. 3 Uhr in Strebla im Ratshaus statt und bittet der Vorstand um zahlreiche Beteiligung. Tagesordn.: Kassenbericht, Neuwahlen, Berichtens, Preisverteilung.

**Rieser Sport-Berein e. V.**  
 Am Sonnabend, 1. April 1922, findet im **Hotel Götzner** unter  
**19. Stiftungsfeier,**  
 bestehend in musikalischen u. theatralischen Darbietungen, statt.  
 Wir laden hiermit alle Mitglieder nebst Angehörigen herzlich ein. Gäfte, durch Karte eingeführt, willkommen. Einladungskarten sind noch zu haben bei **W. e. S. u. r. u. B. a. r. t. h.** und haben Gültigkeit für den **Katerbunzel**, welcher Sonntag, den 2. April, im **Gasthof zu Pauls** stattfindet. Beginn 6 Uhr. Der **Aktionsschuh** im **N. Z. V.**

**Gesellschaft „Fidelitas“**  
 Zu unserem am Sonntag, den 2. April, im **Gasthof Wergendorf** stattfindenden

**Tanzkränzchen**  
 werden die verehrl. Mitglieder nebst werten Angehörigen ergebenst eingeladen. Gäfte, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Anfang 5 Uhr. Der **Gesamtvorstand.**

**Bismarck-Abend**  
 Sonnabend, den 1. April, abends 8 Uhr im Saale des **Wettiner Hof.**  
**Gedenkrede:**  
**Freiherr Schilling von Canstatt.**  
 Chöre des Männergesangsvereins „Orpheus“, Orpheus-Orchester, Sprechvorträge, gemeinsame Gesänge.  
 Deutsche Männer und Frauen aus Stadt und Land sind zu dieser Stunde vaterländischer Gesänge herzlich eingeladen.  
 Bedenke, daß Du ein **Deutscher bist!** Eintritt frei. **Alteutscher Verband.**

**Einladung.**  
 Alle ehem. Arbeiter und Arbeiterinnen der **Sächs. Verschlottungs-Gel. Zeitbahn** werden zu unserem am Sonnabend, 1. April, abends 6 Uhr im **Hotel Stern, Zeitbahn,** stattfindenden

**Abchiedskränzchen**  
 herzlich eingeladen. Das **Komitee.**

**Verein für Handel und Gewerbe r. V.**  
 für den **Amtsgerichtsbezirk Riesa.**  
 Sonntag, den 2. April, nachm. 3 Uhr  
**Jahreshauptversammlung**  
 im **Hotel Götzner, Sitzungszimmer.** Die Mitglieder werden gebeten, mit Rücksicht auf die vorliegende Tagesordnung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.  
 Rechtsanwält **Dr. Fröde, Syndikus** des Vereins.

**Innung „Bauhütte“ Riesa.**  
**Die Gesellenprüfungen**  
 finden **Mittwoch, den 5. April 1922, vormittags 8 Uhr** statt, und zwar:  
 die praktische Prüfung für **Maurer** und **Rimmer** auf dem Bauhofe des **Baumeister Schneiders** in Riesa die für **Schiffbauer** auf dem **Schiffbauhofe** der **Firma W. Moritz Förster** in Riesa.  
 die mündliche und schriftliche Prüfung aller **Lehrlinge** nachm. 3 Uhr in der **„Elbstrasse“ Riesa.**  
**Der Prüfungsausschuss.**  
**L. Schneider, stellvert. Vors.**

**Konzerthaus „Stadt Leipzig“.**  
 Freitag, Sonnabend, Sonntag  
**Variete-Vorstellungen**  
 unter Mitwirkung des vorzüglichsten **Humoristen Rindermann.**  
**Freitag und Sonnabend Schlachtfest.**  
 Genuß. Stunden versprechend, ladet erg. ein **H. Hofmann.**

**Kaffeehaus Finke**  
**Tr.-Pl. Zeitbahn.**  
 Dienstag, den 4. April, abends 7 Uhr  
**großes Künstler-Konzert**  
 Orchester: Musikdirektor **Verl. Loh,** unter Mitwirkung des **Herrn Musikmeister und Violin-Solisten Fischer.**  
 Karten- und Tischbestellung bis Sonntag erbeten.  
**Herr Hofmann.**

**Achtung!**  
 Wo erzielen Sie die allerhöchsten Tagespreise?  
 für **Felle** aller Art, für **Wild- und Maulwurfsfelle**  
 zahlt höchste Preise nur  
**Heinrich Vulka, Elbstr. 1.**

Tausche eine **Belas** gegen **Mandoline.**  
 Zu erst im **Taubl. Riesa.**

**Fahrrad - Gummi**  
**billiger!**  
 Mäntel 28x1 1/2, **RM. 150,-**, 180,-  
**190,-**, **Gebirgsreifen, extra hart, RM. 200,-**, 225,-  
**Schläuche, nur prima, RM. 50,-** u. 55,-, **Fahrräder u. Nähmaschinen** zu vorteilhaftigen Preisen.  
**Fahrradhaus**  
**Otto Mühlbach, Riesa**  
**Bismarckstr. 11, Ecke Schloßstr.**

**Osram-Birnen**  
 Motor- u. Lichtleistungen  
 Schalter, Rohr, Draht usw. empfiehlt  
 billigt  
**Paul Schieritz, Glaubitz**

**Siebrohfohle**  
 frisch eingetroffen, empfiehlt  
 zum Tagespreis  
**Hermann Kern**  
 Elbstraße 2. Telefon 337.  
**Günstige Gelegenheit!!**  
**Fahrrad - Mäntel**  
 im Preise von 120-185 **RM.**  
 empfiehlt  
**Paul Schieritz, Glaubitz.**

**Landwirte!**  
 kaufen nur die gutbewährten  
**„Rapid“-Sturz-Buttermaschinen**  
 (Hand- und Kraftbetrieb) — dauerhafte Konstruktion, schönste Butterung, billig, daher nur zu empfehlen. — Man verlange Prospekt!  
**Böttcherei W. Zaupitz**  
 Parkstraße. Fernruf 202.

**Mischung „Moccasan“**  
 25% Bohnenkaffee  
 75% feinsten Kaffee-Ertrag  
 verbürgt Reinheit und guten Kaffeegeschmack.  
 1/2 Pfund **RM. 28.00**  
 1/4 Pfund **RM. 14.00**  
**Rieser Kaffee-Röstwerk**  
**Adolf Bormann**  
 Wettinerstr. 25. Telefon 444.

**Achtung!**  
 Von Freitag nachmittag an  
**Wildkaninchen**  
 1 Pfund 13 Mark, empfiehlt  
**Hermann Modler**  
 Schulstr. 8.  
 Morgen Freitag  
**frische Saefische grüne Heringe.**  
**Element Bürger.**

**Herzlichen Dank**  
 den lieben Konfirmanden für die Schmückung des Grabes unseres ungeliebten lieben **Sohnes Otto.**  
 Langenberg, 26. 3. 1922.  
**Familie Wehold.**  
 Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten



# Die Aussprache im Reichstag über die Kanzlerrede.

Eine Rede Dr. Rathenau. — Ein Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

## Deutscher Reichstag.

Mitl. Berlin, 29. März.

Die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung wird fortgesetzt.

Dr. Wirth gibt den Antrag der Deutschnationalen bekannt, in dem das „Unannehmbar“ des Reichskanzlers gebilligt, im übrigen aber ihm das Vertrauen verweigert wird.

Abg. Marx (Zentrum)

erkennt zwar das Recht des Siegers auf Schadenersatz an, vertritt aber die Ansicht, daß der Sieger nicht in demselben Augenblick, wo er sein Recht geltend macht, dem besiegten Volk den Todesstoß verlegen darf. Das aber tut die Note der Reparationskommission. Ihre Erklärung würde die Unmöglichkeit zeigen, infolge der Geldentwertung den Forderungen der Entente gerecht zu werden. Die Forderungen sind ohne jede Rücksichtnahme des deutschen Volkes aufgestellt, sie sind widerrechtlich und sinnlos. Wir sind besiegte, aber nicht unfrei und verlangen Anerkennung unseres Bürgerrechts auch im Ausland. Eine Kontrolle unseres Handelsverkehrs können wir der Entente nicht zugestehen, zumal gerade von Seiten der Entente mit deutschem Gelde ungläubliche Verschwendung für die Besatzungstruppen getrieben wird. Die Gelegenheit, in Verhandlungen einzutreten, darf nicht ausgenutzt werden. Das Justizministerium des Steuerkompromisses setzt, daß weite Volkskreise zu der Einsicht gelangen, daß man direkte Steuern bewilligen muß. Deshalb sollte der Reichstag geschlossen die Politik der Regierung ablehnen. Dr. Gerat spricht vom Reichskanzler den Scheiß ab. Wir verstehen unter wahren Scheiß Charakterlosigkeit und zielbewusste Arbeit, unbekümmert um Befehl oder Mißfallen von rechts oder links. Nach diesen Gesichtspunkten hat das Zentrum von jeder seine Politik eingestrichelt. Glaubst Du, Gerat, daß das „Unannehmbar“ eines Chauvinistischen Reichskanzlers mehr Wirkung auf die Entente haben würde? Gerade das Unannehmbar des Reichskanzlers Wirth, dessen Erklärungswille bekannt ist, wird Eindruck auf die Entente machen. Sieht in Genua Vernunft und Weisheit, nicht Frankreichs Doh, sondern Englands Klugheit und Amerikas kaufmännischer Geist, so wird Genua der Stern sein, der Europa aus der schweren wirtschaftlichen Bedrängnis herausführt.

Abg. Dr. Stresemann (DVP)

nennt die Note überhebend und beleidigend. Die wirtschaftliche Welt Englands und Frankreichs erhofft von Genua eine Entspannung, auf die Politik Frankreichs ist dieser Gedankengang aber ohne Einfluß geblieben. Wenn gesagt wird, die Erfüllungspolitik sei nur betrieben worden, um ihre Aburteilung zu bewirken, so trifft das doch nicht zu. Mit Stolz wurde feierlich laut verkündet, die erste Goldmilliarde sei pünktlich gezahlt. Das mußte überall den Eindruck machen, daß diejenigen Recht hätten, welche an die ungeheure Leistungsfähigkeit Deutschlands glaubten (sehr richtig). Alles zielt auf die Verkleinerung Deutschlands hin, das Saargebiet und Oberschlesien zeigen eine Linie der französischen Politik. Verloren gegangen sind weite Gebiete in Ost und West, die Kolonien, die Handelsflotte und die Imponderabilien des deutschen Kaufmannes, die Niederlassungen in der ganzen Welt. Die amerikanischen Kontingente zeigen, daß auch das stärkste und reichste Land den Zusammenbruch des Welthandels zu spüren beginnt, der durch den Versailler Friedensvertrag verursacht worden ist. Nur ein wirklicher Aufbau Mitteleuropas kann den Welthandel wieder zur Geltung bringen. Wir sollten Rußland die Hand bieten zu seinem Wiederaufbau und müssen Rußland anerkennen. Das Steuerkompromiß mit der Zwangsanleihe ist das Schicksal dessen, was Deutschland leisten kann, vielleicht ist dieses damit schon überschritten. Die wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Friedensvertrages müssen revidiert werden, sonst ist die Aufnahme einer Anleihe bei den Neutralen unmöglich. Jetzt, wo die Regierung „nein“ sagt, muß der Reichstag sich mit großer Weisheit über die Regierung stellen und alle sonstigen Bedenken zurückstellen.

### Reichsminister des Äußern Dr. Rathenau:

Die von mir vorausgesetzten Rechte sind eingetreten und haben die junge Saat des Friedens bei den Verhandlungen in Cannes geschwächt. Die uns in Cannes auferlegte Defizitabzahlung konnten wir, wie ich vorausgesetzt habe, nicht lange leisten. Die Valuta mußte aus schwerer Not erstickt werden. Von uns ist nichts verkäuflich worden. Die Note der Entente hat jeden Eindruck, der die Öffnung auf wirklichen Frieden und auf mögliche Regelung des Reparationsverhältnisses bezog.

Im Laufe von zwei Monaten sind nicht weniger als hundert Noten von interalliierten Kommissionen auf uns niedergeschrieben, deren Beantwortung nahezu die Behörden lahmlegt. Hinsichtlich der Weichselstädter haben wir nichts unterlassen. Wir haben wenigstens erreicht, daß die Weichselstädterkonferenz zunächst ihre Entscheidung zurückgestellt hat. Frankreich ist stets besorgt um einen deutschen Angriff (Heiterkeit), um den Angriff eines vollkommen entwaffneten Landes, das kaum soviel Soldaten aufbringen kann, um im Innern Ruhe zu halten. Es ist in tiefem Maße bedauerlich, daß durch diesen Gedanken ganz Frankreichs Aktionen und die Behandlung europäischer Probleme eine politische Seite erhält. Andere Noten befaßten sich mit der Schulpolitik. Ein Land mit gesicherter Staatsautorität mag einer starken Weichselstädterentbedrängnis können, aber bei uns bewegen sich unter der Oberfläche die Mächte der Unruhe. (Lachen bei den Kommunisten.) Wir sind angewiesen, für Ruhe im Lande zu sorgen.

Wenn im Ausland auf unsere geringe Arbeitslosigkeit hingewiesen wird, so muß man bedenken, daß im letzten Jahre 1,7 Milliarden Goldmark für Reparationen bezahlt worden sind. Das bedeutet eine Jahresarbeit von einer Million deutscher Arbeiter. Die Lebensmittelzufuhr erfordert 2 Milliarden Goldmark, und das bedeutet abermals die Jahresarbeit von einer Million Deutscher. Die Rohstoffe aus unseren Kolonien fallen fort, wir müssen sie jetzt mit Arbeit bezahlen. 3 Millionen Deutscher arbeiten Jahr für Jahr kompensationslos. Das bedeutet zwar Beschäftigung, aber nicht produktive Beschäftigung. Auch aus der Prosperität der Industrie werden Krugwürmer gezogen.

Die Behauptung, Deutschland habe nicht bezahlt und wolle nicht bezahlen, ist ebenso falsch, wie die, daß Deutschland nicht entwaffnet habe und nicht entwaffnen wolle. Deutschland hat bisher 45,6 Milliarden Goldmark gezahlt, den Landesverlust hinzugerechnet weit über 100 Milliarden. Das ist die höchste Zahlungslieferung, die seit Beginn der Weltgeschichte geleistet worden ist. Auch die Abdrückung ist eine Leistung von unerhörter Größe. (Sehr wahr, rechts.) Wenn hier und da Waffenlande gemacht werden, so beweist das nicht das Gegenteil. Noch nach 100 Jahren wird man wie alte Münzen auch Waffen finden. Das sind lediglich Wüste, so bedauerlich es ist, die bei jeder großen Aktion zurück-

bleiben. Jeder Mensch weiß, daß ein Krieg nicht zu führen ist mit Werten und vorhandenem Material, sondern mit der Umstellung der gesamten Industrialität des Landes. Das ist bei uns nicht möglich, und deshalb sind alle Bemühungen vergeblich, die darauf hinauslaufen, die Kriegslast abzuwälzen, weil ein Geld oder ein Viertel der Werten noch nicht abgeleert ist. In der waffenstarrenden Welt kann man nicht von einem feindseligen Deutschland sprechen, wenn man die Dinge ehrlich betrachtet. Bald verbürgert ging Deutschland aus dem Kreise der Blockade hervor, hat dann die Revolution durchgemacht, die große Geldentwertung. Die Wissenschaft ist in Gefahr. Der Berufswechsel ist nirgends so groß, wie bei uns. Deutschland ist auf Anhörigkeit geschwächt, während es bisher das Land gewesen ist, das Europa die Zivilisation erhalten hat.

Wir verlangen für unsere Leistungen keinen Dank, die Welt muß aber die Dinge sehen, wie sie sind. Die Wahrheit ist ein Strom, der sich nicht in Flüssen verriegeln läßt. Diese Wahrheit wird sich Bahn brechen, dann kommen wir zum wahren Frieden. Das Kabinett kann für sich in Anspruch nehmen, daß es ihm möglich gewesen ist, im Jahre stärkster Gefahr die Einheit und Unverletzlichkeit des Reiches zu erhalten. Zweifellos wird Genua für Rußland manches Entschendende bringen. Wir werden an dem Wiederaufbau Rußlands mitarbeiten. Deutschland hat nicht die Absicht, Rußland gegenüber die Rolle des Kapitalläufers Kolonisten zu spielen.

Deutschland bedarf, um seine Aufgabe des Wiederaufbaus erfüllen zu können, einer Kreditsanfte, die nur durch eine äußere Anleihe beschafft werden kann. Alle Öffnung auf Amerika zu sehen, wäre verfehlt. In Amerika herrscht eine starke Europamüdigkeit, es will nicht sein Geld Europa zur Verfügung stellen, das es nur zu Rüstungen verwendet. Der Wiederaufbau der diplomatischen Beziehungen leben wir mit Hoffnungen entgegen. Der Osten Europas ist niedergeboren. Das unglücklichste Land Oesterreich, dem wir heraldische Teilnahme entgegenbringen (Beifall), ist zusammengebrochen. Deutschland kämpft um seine Existenz mit allen Kräften seines Willens und seiner Arbeit. Es kämpft gegen seinen eigenen Niedergang an. Der Niedergang Deutschlands wäre auch der Niedergang Frankreichs. Deutschland verlangt von den Nationen der Welt die Möglichkeit der Aufstellung eines Arbeitsplanes und einer Mitwirkung an dem gemeinsamen Wiederaufbau. Das Ziel: „Erhaltung des Volkes, Unverletzlichkeit und Einheit des Reiches und Kampf für Frieden und Aufbau“ ist uns allen gemeinsam. Lassen Sie uns dieses Ziel in Einigkeit verfolgen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitfeld (Unabh.)

warnet davor, auch in so bewerten Stunden, wie den letzten, Konzeptionen an das nationale Selbstbewusstsein zu machen, er verurteilt den Ton der Reparationsnote aufs Schärfste, genau wie er feierlich den Ton von Dreyfus' Verurteilung ansetzt, und weist darauf hin, daß Erleichterungen des Friedensvertrages nur schriftliche erfolgen könnten, und daß eine grundsätzliche Revision des Friedensvertrages nach einer dreijährigen Frist in Erwägung zu ziehen ist. Wir sind für Erläuterung, weil wir nur auf diesem Wege zu einer Revision kommen können. Neuwahlen zum Reichstag, welche die Rechte anregt, können uns keinen Vorteil bringen. Wir sind mit dem Reichskanzler einverstanden, daß er an dem System seiner bisherigen auswärtigen Politik nichts ändern will. Unsere bisherige Unterstützung seiner Steuerpolitik wird uns aber erschwert, wenn er in der auswärtigen Politik Wege einschlägt, die wir nicht zu gehen vermögen. Das Steuerkompromiß kann das Defizit nicht beseitigen. Deshalb fordern wir Eröffnung der Sachwerte und vor allem Sozialisierung des Verbaus. Zudem kann bei Meer und Marine noch gespart werden, desgleichen durch Beseitigung des ganzen Bundesstaatenwesens mit den einzelnen Regierungen und einzelnen Parlamenten. Auch ist es ein Unfug, wenn in Berlin allein vier Parlamente sitzen. Die Erfüllungspolitik muß fortgesetzt und innerpolitisch so fundiert werden, daß nicht wieder die arbeitenden Klassen die Last zu tragen haben.

Abg. Gaas (Dem.)

Wenn der Zweck der Gutmachungskommission der sein sollte, die deutsche Wirtschaft noch heillos zu verwirren, so ist diese Note ein Meisterstück. Zunächst muß, sollen wir zahlungsfähig bleiben, der Kredit Deutschlands gestärkt werden. Mit Drohungen fördert die Reparationskommission die Steuererhöhtigkeit bei uns nicht und Frankreich mag uns endlich mit den Arbeiten im zerstörten Gebiet beginnen lassen. Wir brauchen keine guten Lehren über Sparsamkeit von der Entente, diese lehrt uns schon die eigene Not. Bei Meer und Marine sind Einsparnisse nicht zu machen. Wir können auf diesen kleinen Schutz gegen nachbarliche Willkür nicht verzichten. Auch wir wünschen die allgemeine Abdrückung, läßt sich aber Frankreich nicht dazu herbei, so erleben wir den Tag, an dem Deutschland wieder das gleiche Recht hat wie andere Völker. Deshalb wollen wir uns die Reichswehr und Marine erhalten. Mit der Erklärung der Regierung sind wir einverstanden. Wir hoffen, daß uns Genua ein kleines Stück weiter führen wird, der Vernunft entgegen, damit das arme Europa wieder lächeln kann (Beifall).

Darauf wird die Weiterberatung abgebrochen. Nach Annahme des Beschlusses über Verlängerung der Geltungsdauer von Fernbewilligungsberechtigungen in dritter Lesung verlegt das Haus die Fortsetzung der Aussprache der Regierungserklärung auf Donnerstag 1 Uhr.

### Das deutschnationale Mißtrauensvotum.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat, wie im Reichstagsbericht schon kurz erwähnt, zur Debatte über die Reparationsnote ein Mißtrauensvotum beantragt, in dem es heißt:

Der Reichstag billigt das Unannehmbar des Reichskanzlers gegenüber dem von der Reparationskommission verlangten Auktariat auf die Souveränität des Deutschen Reiches. Er vermißt jedoch u. a. die klare und eindeutige Zurückweisung der Forderung zur Schaffung neuer über die jetzt zur Verabschiedung stehenden Steuererhöhtigkeit hinausgehenden Steuern für Kontraktionszwecke. Ansehens der jetzt vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll ermittelten Politik des Reichskanzlers hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß es einer vom jetzigen Reichskanzler geleiteten Reichsregierung gelingen wird, das Reich aus der schweren Lage herauszuführen. Aus diesem Grunde verlegt der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat gestern nachmittag beschlossen, sich bei der Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum der Stimmgabe zu enthalten. Dieser Beschluß hat die Koalitionsparteien veranlaßt, noch gestern abend zusammenzutreten, um sich über die Frage schlüssig zu machen, ob von ihnen ein Vertrauensvotum für Dr. Wirth eingebracht werden soll. Man kam schließlich

dahin überein, den Reichskanzler entscheiden zu lassen, ob er ein derartiges Vertrauensvotum wünscht oder nicht. Die allgemeine Auffassung in den parlamentarischen Kreisen geht dahin, daß Dr. Wirth nach dem unerwarteten Beschluß der Deutschen Volkspartei ein Vertrauensvotum verlangen wird. Wie die Deutsche Volkspartei sich zu einem Vertrauensvotum verhalten wird, wird von der Formulierung des Votums abhängen.

Ebenso ungewiß ist die Stellungnahme der Unabhängigen. Die „Freiheit“ teilt nur mit, die Unabhängige Fraktion werde selbstverständlich den deutschnationalen Mißtrauensantrag ablehnen.

### Pariser Pressestimmen zur Kanzlerrede.

Zur Rede des Reichskanzlers schreibt der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien“: Diese Rede, die nach einem vorbereiteten Manuskript gehalten wurde, hätte ebenfals auch von Stresemann gehalten werden können. Der Reichskanzler hat die vollkommene Zustimmung aller Parteien gefunden. Die Volksparteier namentlich verheißten nicht, daß sie mit dem Reichskanzler sehr zufrieden sind. Die Sozialdemokraten wunderten sich wohl über die Schärfe einiger Stellen der Rede, aber sie haben ihr in ihrer Gesamtheit zugestimmt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten glaubten, daß die Rede sehr einer nationalitätlichen Rundgebung ähnelte. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ sagt, die Rede, die der Reichskanzler gehalten habe, um die Forderung der Reparationskommission in aller Form mit einer glatten Ablehnung zu beantworten, sei häufig unterbrochen worden von den wiederholten Bravo-Rufen einer Versammlung, die die Worte des Reichskanzlers in sich einzusaugen schien. Es springt in die Augen, daß diese Rede, deren Wortlaut gemeinsam zwischen den Ministerpräsidenten der einzelnen Staaten festgesetzt worden sei, sich vor allem an das angelsächsische Volk richtete. Man habe vor einem Akt der Agitation (acte d'agitation), der die Grenzen Deutschlands überschreite und viel mehr sei, als ein banales Dokument der Rhetorik.

„Gaulois“ schreibt: Der „brave Mann“, der Reichskanzler, dem man auch nur eine leichte Strafe auszuwerfen geschäftet habe, scheint sich entschlossen zu haben, die fromme Maske abzulegen. Ist das die Wirkung der Fällungnahme mit den Männern von Moskau? Ist das die Folge der Hoffnung, die bei den Deutschen die ausweichende Antwort factas erweckt hat, als Ichtsin Barrere den Vorsitzenden der Genuever Konferenz daran erinnerte, daß die Reparationsfrage auf der Konferenz nicht aufgeworfen werden dürfe? Ist es abermals die Aussicht auf ein isoliertes Frankreich mit der kleinen Entente, die vor einer von London über Berlin bis nach Moskau gehenden Koalition gemeinsamer Interessen stehen würden? Auf alle Fälle sei sicher, daß die deutsche Regierung, das deutsche Parlament und die deutsche öffentliche Meinung, zu deren Sprachrohr der Reichskanzler sich schicklich gemacht habe, von der gleichen Energie befeuert seien, wenn sie die Forderungen der Reparationskommission ablehnten. Die Rede des Reichskanzlers verlange die Aufmerksamkeit Frankreichs, weil sie die Hoffnungen entzündete, die Deutschland auf die Debatte von Genua und auf das Programm gründete, das es dort mitbringe. Die Erklärung des Reichskanzlers sei für Frankreich eine Warnung in dem Sinne, daß es sich in Genua in Acht nehmen müsse, es müsse auf der Hut sein vor Ueberforderungen.

„Somme Libre“ sagt: In Berlin täusche man sich, weil die Entscheidung der Reparationskommission der letzte Schritt in dem Rennen nach Konzeptionen sei. Das auch kommen möge, Frankreich könne nicht mehr zugehen, und sollte Deutschland auch eine neue Revolution machen. Diesmal solle es bezagen. In Berlin täusche man sich vor allem, weil es diesmal keine Forderung Frankreichs sei, der Deutschland Widerstand leiste, sondern eine Entscheidung der Reparationskommission, des Organs der gesamten Entente — und selbst wenn die Angelegenheit entgegen den eingegangenen Verpflichtungen in Genua zur Sprache käme, könnten die Verbündeten das Organ nicht verweigern, das auf Grund des Friedensvertrages sie vertrete. Man könne sich also darauf beschränken, festzustellen; dann werde man zu der Kontrolle kommen — und vielleicht auch zu Geld. Dem „Radical“ bereitet die Rede keine Ueber-raschung. Der Reichskanzler Wirth möge sich über die Wirklichkeit klar werden, niemals habe die Reichsregierung, wer auch an ihrer Spitze gestanden habe, die Grundlagen einer Politik der Vertragserfüllung gelegt, im Gegenteil, die Staatsmänner hätten den Eindruck um so größerer Verschuldung gemacht, mit je mehr Glück sie den Versuch unternahmen, sich der eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen. Wirth scheine zu erklären, daß er ein ähnliches Abenteuer nicht ablehnen würde. Er lese Wert darauf, mit Hugo Sinnes und „seiner Bande“ behutlos umzugehen. Aber die Franzosen beabsichtigten nicht, anstelle der Pfländerer zu zahlen. Deshalb werde Wirth sehr reich wieder auf gesündere Ideen kommen.

### Jouhaux gegen die Entscheidung der Reparationskommission.

Jouhaux, der aus Deutschland nach Paris zurückgekehrt ist, veröffentlicht in dem Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ eine vernichtende Kritik der Entscheidung der Reparationskommission. Er sagt, in den politischen führenden Kreisen in Frankreich herrsche ein vollkommenes Mißverständnis der Probleme hinsichtlich der französisch-deutschen Beziehungen und der Reparationsmöglichkeiten. Es sei seltsam, daß die Gefühle und Ueberzeugungen der Franzosen, die jenseits des Rheines leben, denen entgegengeleitet seien, deren Realisierung die Weichheit der französischen Politiker verlange. In Deutschland wundert man sich, welche Unkenntnis der Tatsachen und der sozialen Bedingungen die Reparationskommission auf das Verlangen des französischen Delegierten Dubois an den Tag gelegt habe. In Berlin beispielsweise sei es für niemand ein Geheimnis, daß der jetzige französische Finanzminister in den Unterredungen, die er an den Ufern der Elbe hatte, eine viel vernünftigeren Sprache geführt habe, als in den Reden, die er in Paris gehalten habe. Die wirtschaftliche Unkenntnis derer, die das Deutschland angelegene Programm ausgearbeitet hätten, erachte wahrhaft ungebürlich. Sie verkannten die überausenstigen wirtschaftlichen Phänomene! Man fordere beispielsweise von Deutschland 60 Milliarden Steuern mehr. Wisse denn die Reparationskommission nicht, welcher Unterschied sich täglich zwischen der Bayermark und der Goldmark zeige? Wenn die Mark weiter falle, — und das Verlangen der Reparationskommission habe in unantastbarer Weise daran mitgeholfen, — würden 60 Millionen Goldmark das Geträgnis immer kleiner machen und das Budgetdefizit würde beträchtlich steigen. Wenn man die materielle Unmöglichkeit der Reparationen aufheben wolle, könnte man auch nicht anders vorgehen. Je mehr die Mark falle, desto mehr sei das



finanzielle Pfand der Gläubigerstaaten in Frage gestellt, desto mehr das Verlangen Frankreichs nach Reparationen. Wenn man in Deutschland gereift sei, nicht nur zum Vergleichen, um den Vorteil auszurechnen, den der Papiermarkt gegenüber der Papiermark habe, wisse man, daß finanziell nichts geregelt werden könne, solange man den Kurs der Mark nicht gehoben habe. Keiner derjenigen, die sich über die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands Rechenschaft ablegen, könne ernstlich die Verpflichtung in Zweifel ziehen, daß man der Reichsregierung ein Wortorium gewähren müsse. Keiner derjenigen, die den Stand der Dinge in Deutschland kennen, könne eine nähere und annehmbare Kontrolle außerhalb des sozialistischen Vorschlags einer Beteiligung des Reiches an den Wirtschaftsunternehmungen finden.

Gegen alle diese Tendenzen habe sich die Reparationskommission ausgesprochen. Man habe das Recht, sich zu fragen, ob die anderen alliierten Mächte, die das Programm von Tubois angenommen hätten, nicht einen doppelten Zweck haben erreichen wollen, nämlich Frankreich die Verantwortung für die von den alliierten Ländern aufgestellten unumgänglichen Forderungen aufzubürden und deren Unhaltbarkeit aufzuzeigen, um schließlich zu einer normalen und durchführbaren Reparationspolitik zu gelangen.

### Der französische Senat über die Reparationsfrage.

Aus Paris wird gemeldet: Im weiteren Verlaufe der Debatte über das Sonderbudget, dessen Verabschiedung nach dem Friedensvertrage von Versailles Deutschland zusteht, sagte Senator Dauffet, die Entscheidung der Reparationskommission habe das Land beruhigt. Aber schon erklärte Deutschland sich nicht in der Lage, den Anordnungen Folge zu leisten. Es sei ziemlich schwierig, die steuerlichen Lasten abzulassen, die den Deutschen augenblicklich auferlegt seien. Sehr schwere direkte Steuern seien in Deutschland erlassen; die Frage sei nur, ob sie eingetrieben werden. Eine große Kapitalflucht gehe vor sich; man könne sicher behaupten, daß die deutsche Regierung dabei mitschuldig sei. Der Garantieschuld müsse also dafür sorgen, daß die bestehenden Steuern erhoben werden. Deutschland habe seit dem Waffenstillstand ungefähr 10 Milliarden Goldmark bezahlt; aber ein Teil dieser Summe sei für seine Ernährung aufgewendet worden und bestehe in übertragener Wert, jedoch im ganzen 1888 Millionen Goldmark in die Taschen der Alliierten geflossen seien. Senator Debiere erklärte, man müsse die Mobilisierung der deutschen Schatzkammer ins Auge fassen. Aber diese Operation könne nur Erfolg haben, wenn die Vereinigten Staaten daran teilnahmen und die Mark freigebe. Dazu müsse Deutschland aufhören, Papiergeld zu fabrizieren, seine Ausgaben vermindern, seine Steuern erhöhen, seine landwirtschaftliche Produktion vermehren und die Kapitalflucht verhindern. Das sei das einzige Mittel, das ihm gelte, Anleihen auf dem ausländischen Markt unterzubringen. Auf eine Anfrage des Senators über das Abkommen von Wiesbaden erklärte der Minister für die befreiten Gebiete Reibel, die französische Regierung sei bereit, alle Zahlungsmittel anzunehmen. Das Abkommen von Wiesbaden sei als schwierig in die Praxis umzusetzen befunden worden; man lasse das Verfahren des Abkommens von Barmen ins Auge, um es in das Wiesbadener Abkommen einzubringen. Das Parlament habe über das Abkommen zu befinden. Senator de Monzie sagte, man könne tatsächlich den Wiederaufbau Europas nicht ins Auge fassen, ohne das Reparationsproblem in dieses Problem einzuschließen. Die Streitigkeiten über die Politik der Vergangenheit hätten kein Interesse mehr. Amerika halte den Schlüssel der Währungsplanung der Welt in Händen; man müsse den amerikanischen Kaufleuten eine Lösung unterbreiten, die für sie annehmbar sei. Finanzminister de Cassandre erklärte, was die Entscheidung der Reparationskommission für die Zahlungen Deutschlands anbetreffe, so handle es sich hier tatsächlich um ein Wortorium, das aber nur unter der Bedingung einer Kontrolle über die Ausgaben und das Budget Deutschlands gewährt werde. Es falle den Alliierten nicht ein, in die Verwaltung des Reiches sich einzumischen; aber die Kontrolle, die man über drei oder vier wesentliche Punkte verlange, sei unerlässlich. Wenn diese Kontrolle funktioniere, könne man vielleicht an die internationale Anleihe denken. Ministerpräsident Poincaré erklärte, die Zustimmung der anderen Nationen dürfe man nicht um den Preis der Verminderung der Forderung erlangen. Finanzminister de Cassandre sagte weiter, wenn man diese internationale Anleihe nicht erziele, gebe es andere Formen der Anleihe: Deutschland könne auf seine Reichthümer und auf seine Tätigkeit als Förder kontrahieren. Frankreich habe sofort Geld nötig, und mir eine deutsche Anleihe könne ihm das geben. Frankreich könne den französischen Steuerzahlern nicht das aufhaken, was den deutschen Steuerzahlern zufalle. Es brauche also die Anleihe. Er hoffe, daß man dieses Jahr zum letztenmal hierzu seine Zustimmung nehmen müsse. Die Reparationsfrage müsse gelöst werden, bevor man an den Wiederaufbau Europas denke.

### Tann von Schöllnbach.

Ein Börsenroman von Barr-Runkel.

24) (Nachdruck verboten.)  
„Über wenn Schwarz aus dem ausländischen Hafen, nach dem er den Rajah beordert hat, seine Meldungen von dem Dampfer erhält, so wird er sich an die Reederei wenden.“  
„Ich zweifle daran!“  
„Warum?“  
„Weil er für ihr Schiff verantwortlich ist. Er muß entweder den Dampfer zur Stelle schaffen oder ihn von neuem chartern. Das erinnert mich daran: auf wie lange war denn der Rajah gemietet?“  
„Vorerst auf drei Monate mit dem Vorrecht, ihn weiter mieten zu können.“  
„Run, wenn die Zeit beinahe abgelaufen ist, wird Schwarz sich schriftlich an die Firma wenden und den Dampfer auf weitere drei Monate mieten. Er wird nicht zu den Leuten gehen, weil er unangenehme Fragen über seinen Aufenthalt wird entgegen wollen.“  
„Schon recht, aber die Reeder werden ihm einfach antworten, daß sie den Dampfer an den Grafen Tann verkauft haben, und werden ihn an den neuen Eigentümer verweisen.“  
„Bravo, Peter! Sie fangen endlich an zu ahnen, in welches Dilemma der gute Schwarz geraten wird. Ich hatte bereits begonnen, daran zu zweifeln, daß ich Ihnen dies jemals würde klarmachen können.“  
„Dennoch verstehe ich nicht, warum Sie den Rettungsdracht abschneiden, wie Sie sich ausdrücken, wenn Sie andere Verbindungsdrähte unverlezt lassen! Sie geben sich die größte Mühe, den Kapitän und die Mannschaft davon abzubalten, mit Schwarz zusammenzutreffen; dennoch tun Sie nichts, um das Unvermeidliche zu verhindern, daß Schwarz von den Reedern erfährt, wer der neue Eigentümer des Schiffes ist. Oder soll ich die Leute zur Geheimhaltung verpflichten?“  
„Aber durchaus nicht! Im Gegenteil, ich sehe einer

### Die Frage einer Auslandsanleihe.

Aus Paris wird gemeldet: Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Verlautbarung: Die Kommission hat die Bildung eines Sachverständigenausschusses beschlossen, der Studien machen und der Reparationskommission einen Bericht einreichen soll über die Bedingungen, zu denen die deutsche Regierung eine oder mehrere Anleihen im Ausland aufnehmen könnte, deren Ertrag für den teilweisen Rückkauf der Reparationsschulden verwendet würde. Es würden zu diesem Zweck besonders sachkundige Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern berufen, auch aus solchen, die bei der Reparationskommission nicht vertreten seien.

### Die Konferenz von Genoa.

Aus London wird gemeldet: Die Vorkonferenz der alliierten Sachverständigen für Genoa hielt Dienstag nachmittags im Handelshaus ihre letzte Sitzung ab. Die Sachverständigen werden nunmehr ihren Regierungen berichten und ihnen die Abschriften der Dokumente zustellen, die auf der Konferenz entworfen wurden.

Nach einer Pariser Meldung behauptet „Leit Parisien“ die Nachricht, daß zwischen Poincaré und Lord Curzon über die Konferenz von Genoa und über die Gegenstände, die dort verhandelt werden sollen, Beratungen gepflogen würden. Es scheint, daß trotz der anlässlich der Voulounger Konferenz verabredeten Einzelheiten über das politische Programm der Konferenz von Genoa gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und französischen Regierung fortbeständen. Nach Ansicht der englischen Regierung liege kein Hindernis vor, in Genoa die Frage der Entschädigung gründlich zu erörtern, nebensächlich auch eine Debatte über die Reparationskommission und über die Auslegung, die den Friedensverträgen zu geben sei, dort auszulassen. Auf französischer Seite halte man daran fest, daß alle Fragen der Entschädigung, der Reparation und der Auslegung der Verträge von der Erörterung ausgeschlossen werden müßten. Sollte sich die Konferenz berechtigt glauben, diese Gegenstände zu behandeln, so sei zu befürchten, daß sich Frankreich veranlaßt sehen könnte, seine Delegation zurückzuziehen, wie Poincaré schon verschiedentlich andeutete.

Gegenüber den Meldungen in der ausländischen Presse, wonach die Denkschrift der Sachverständigen der Entschädigung die Bildung von Einkünften in Sowjetrußland vorsehen soll, bemerkt eine amtliche Rundgebung der Sowjetregierung: Wenn die Entente daran denkt, mit solchen Plänen nach Genoa zu gehen, kann man den Zusammenbruch der Konferenz schon jetzt voraussehen.

Von ausländischer Stelle in Berlin wird mitgeteilt: Die Reffort haben die Vorbereitungen für die Genuefer Konferenz abgeschlossen. Das Kabinett wird sich heute oder morgen zum erstenmal mit einer Besprechung der Materie befassen. Die Veronfrage und die Zusammensetzung der Delegation wird dabei erörtert werden.

### Der Streik auf den englischen Schiffswerften.

Aus London wird gemeldet: Dienstag abend begann der große Streik auf den Schiffswerften gegen die Herabsetzung der Löhne. Etwa 350 000 Arbeiter werden davon betroffen.

### Arbeitslosenemonstration in Wien.

Die Arbeitslosen in Wien veranstalteten gestern vormittag eine Streikemonstration vor dem Rathaus, wo deren Forderungen der Regierung durch eine Abordnung übermittelte wurden. Die Kundgebung verlief in voller Ruhe.

Wie die „Jahrb. Nachr.“ melden, hat der Verband der christlichen Textilarbeiter Oesterreichs in den Strideerien des Vorarlberger Landes den allgemeinen Streik erklärt, weil die Strideierfabrikanten sich weigern, mit der Arbeiterschaft einen Kollektivvertrag abzuschließen und die jetzigen Lohnsätze trotz dem guten Ausfuhrgeschäft viel zu niedrig seien.

### Das Attentat russischer Monarchisten in Berlin.

Das Berliner Polizeipräsidium hatte in die Verhaftung russischer Staatsangehöriger, in der das Attentat gegen Miljukow verübt wurde, drei russischsprechende Beamte entsandt, da sie mit etwaigen Demonstrationen rechtsrussischer Kreise rechnen zu müssen glaubte. Die Beamten waren Augenzeugen des Attentats und beteiligten sich zusammen mit anderen Anwesenden an der Festnahme der Täter. Nach der Wahrnehmung der Polizeibeamten hat sich der Vorgang folgendermaßen abgespielt. Nachdem Miljukow seinen Vortrag beendet hatte, wurden aus nächster Nähe mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Die Schüsse gingen fehl. Kurz darauf fielen weitere Schüsse, durch welche der Chefredakteur der russischen Zeitung „Kul“, Professor Rabotom, getötet und drei weitere Personen verwundet wurden. Die Schüsse sind von zwei ehemaligen russischen

Offizieren abgefeuert worden, und zwar von Brulant Feire Schaheloff-Bork und Leutnant Sernius Ladoroff. Beide sind nach ihrer eigenen Aussage russische Monarchisten und lebten seit dem Sommer 1920 in München. Am 23. d. Mtg. haben sie dort in den Zeitungen gelesen, daß Miljukow in Berlin als Verfallensredner auftreten werde. Darauf haben sie sich am 26. März nach Berlin, um hier das Attentat gegen Miljukow auszuführen. Die Täter erlagen nicht die geringste Reue; sie rühmten sich bei der polizeilichen Vernehmung der begangenen Tat.

Aus Berlin wird hierzu ferner noch gemeldet: Am Laufe des gestrigen Tages sind die polizeilichen Ermittlungen in der Angelegenheit des Attentats auf Miljukow abgeschlossen worden. Beide Täter weigerten sich hartnäckig, Angaben darüber zu machen, ob sie Helfer oder Dintermänner gehabt haben, die das Attentat finanziell vorbereitet haben und die beiden Täter zu bedürfen suchen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Täter in München in außerordentlich schlechten finanziellen Verhältnissen gelebt haben und daß ihnen zu der Hilfe nach Berlin Geld von einer nicht bekannten Seite zur Verfügung gestellt worden ist. Die beiden Verhafteten werden noch im Laufe des heutigen Tages dem Untersuchungsrichter übergeben werden. Das Verbrechen der bei dem Anschlage Verlegten ist verhältnismäßig gering; sie dürften alle mit dem Leben davonkommen.

Im Zusammenhang mit dem Anschlage gegen Miljukow wurde gestern mittag eine Zusammenkunft russischer Monarchisten in einer Wirtschaft am Rollendorfsplatz in Berlin von der Polizei aufgehoben. Sämtliche Teilnehmer wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Miljukow, dem das Attentat gegolten hat, war der Führer der bürgerlichen Demokraten Rußlands. Er war es, der in Gemeinschaft mit Kerenski die russische Parteienbewegung leitete, bis er selbst wieder von den Bolschewiken gestürzt wurde und im Ausland Zuflucht suchen mußte. Dort hat er sich bisher hauptsächlich in den Hauptstädten der Ententeländer aufgehalten, besuchte dieser Tage aber auch Berlin.

**Eisenbahnfahrkarte**  
verloren. Abzugeben gegen Belohnung Neu-Weber, Gartenstraße 1.

Angestellter sucht für sofort  
**möbliertes Zimmer**  
mögl. Nähe Elektr.-Verband  
Gröba. Angeb. mit. Y 7 8659  
an das Tageblatt Nr. 4.

**Möbl. Zimmer**  
am 1. April von ruhigem  
Mitter gesucht. Angeb. mit.  
Y 7 8656 an das Tabl. Nr. 4.

**Alleinmädchen**  
gesucht, im Kochen und allen  
häuslichen Arbeiten perfekt.  
Niederlich, zuverlässig, welches  
Lohn hat mit nach Dresden  
zu ziehen. Antritt 1. Mai.  
Nur solche, die bereits ähnliche  
Stellung versehen, gute  
Zeugnisse und in besseren  
Häusern gedient haben, wollen  
sich melden bei  
Ernst Koch, Georgstr. 2, 1.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**lernende Verkäuferin**  
Ein junges, anständiges,  
eheliches Mädchen als  
lernende Verkäuferin  
gesucht. Kurt Gohmann,  
Goethestr. 87.

**Güter**  
und Wirtschaften jeder Größe,  
Gasthöfe, Bäckereien, sowie andere  
Geschäfts- und Geschäftsbetriebe  
von zahlungsfähigen Käufern gesucht  
durch  
R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft,  
Krausa b. Elsterwerda, Fernspr. Elsterwerda 344.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

**fauberes Mädchen**  
für meine Haus-  
halt in Röhwin ein solches  
**fauberes Mädchen**  
nicht unter 17 Jahren. An-  
tritt für sofort oder bis zum  
15. April. Lohn nach Ueber-  
einkommen. Reisegeld wird  
vergütet.  
Frau Emma Gaus,  
Fabrikstr.

Unterredung mit dem teuren Herrn Schwarz mit dem größten Vergnügen entgegen! Denken Sie sich einmal in die heikle Lage eines Mannes hinein, der wegen eines Dampfers mit mir verhandeln muß, den er braucht, um mir mein eigenes Gold zu stehlen! Aber sei dem wie ihm wolle, auf jeden Fall fahren Sie jetzt nach Hamburg, und wenn Sie dann mit allem fertig sind, melden Sie sich auf meiner Jagt, wo ich Sie erwarten werde! Und dann geh's hinaus in die blaue See und zum roten Blutbad, wenn es so sein muß. Und zum Abschluß von Berlin trinken wir eine Flasche Sekt, Peter!“  
So leicht, wie dem Grafen die Rede vom Munde ging, war ihm keineswegs ums Herz. Die junge Dame, von der er weiter nichts wußte, als daß sie schön war und Agathe hieß, hatte ihn mit ihrem geheimnisvollen Abschied doch tiefer getroffen, als er anfänglich geglaubt. Aber von Jugend auf daran gewöhnt, alle seine Gefühle zu meistern, zwang er sich zur Heiterkeit und ließ sich von dem Strom tragen, der ihn erfaßt hatte. Sein Verstand arbeitete unablässig und betäubte schließlich die Unruhe seines Herzens. — So konnte die Tage nicht ausgehen. . . . eine stille Hoffnung sagte ihm, er würde Agathe wiedersehen.  
4. Kapitel.  
Der junge Keller vollzog den Ankauf des „Rajah“ in nicht ganz drei Stunden, anstatt die zwei Tage dazu zu brauchen, die der Graf ihm bewilligt hatte. Der D-Zug brachte ihn rasch nach Berlin zurück, und er besuchte den Nachmittag dazu, alles einzukaufen, was er zu der bevorstehenden langen Seereise benötigte und ließ es, wie der Graf angeordnet hatte, nach Bremerhaven an Bord der Jagt schicken.  
Bei näherer Bekanntschaft mit dem jungen Edelmann war der Eindruck, den er zuerst empfing, doch etwas verbeßert worden. Keller begann langsam einzusehen, daß der Graf trotz der leichtfertigen, nonchalanten Art, sich zu geben und über ernsthafte Dinge zu reden, hinter all dieser Lächerlichkeit, die dem jungen Ingenieur so sehr

mühsel, dieses Nachdenken und strenge Methode verband, und er begann, an seiner anfänglichen Theorie zu zweifeln, daß das erfolgreiche Wandern mit dem Synbitat nur durch einen glücklichen Zufall gelungen sei. Der Plan, den Graf Tann so flüchtig angedeutet, und durch dessen Ausführung er sein Eigentum auf offener See wiederzuerlangen gedachte, erschien dem praktischen Sinn Kellers als ziemlich aussichtslos. Aber er sagte sich auch sehr bestimmt: es nützt nicht viel, sich mit jemand in ein Wortgefecht einzulassen, der einen geladenen Revolver in der Hand hält. Deshalb ließ er es sich angelegen sein, beim Ankauf seiner eigenen Ausstattung ein Duzend Repetiergewehre neuester Konstruktion mit mehreren tausend Patronen zu erwerben. Er ließ sie ebenfalls an Bord der Jagt senden, um eine Ergänzung der Jagdgewehre zu bilden, die der Graf für seine Jäger und Forstinspektoren an Bord nehmen wollte. Keller war überzeugt, daß diese treue, anhängliche, zuverlässige und fähige junge Leute seien, und daß sie, gut bewaffnet, die hundertundfünfzig zusammengelaufenen Kerle in die Flucht schlagen könnten, wenn es zum Kampf kommen sollte. Ein Mann, der täglich im vornehmen Westen spazieren geht, hat natürlich keine Ahnung, was am Paramakabu in Afrika etwa passieren könnte.  
Am selben Abend noch fuhr Keller nach Mausfeld, und auf die angestrengte Tagesarbeit folgte eine ausgezeichnete Nachtruhe. Um sieben Uhr am nächsten Morgen finden wir ihn beim Frühstück in Burgörner, und er machte sich sofort so gewaltig ans Wert, daß er binnen zwei Tagen alle Anordnungen zum Wiederbefahren der alten Kupfergrube getroffen hatte. Dann nahm er den Zug über Hannover nach Bremerhaven und ließ sich nach abends hinaufwahren, wo „Die weiße Dame“ ruhig und friedlich wie ein Schwan in dem klaren Wasser vor Unterlag. Keller war erstaunt, ein so großes Schiff vorzufinden.  
(Fortsetzung folgt.)